

Lübener Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 926.)

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,50 monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069a, 6 Nachtrag

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeitspalte oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden

Nr. 30. Mittwoch, den 5. Februar 1902. 9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lüb. Volksbote“.)

Berlin, den 3. Februar 1902.

Der Reichstag kam heute über das Kapitel des Reichsgesundheitsamtes nicht hinaus. Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen die Angaben unseres Genossen Antrick über die schrecklichen Zustände in einigen Krankenhäusern, die sich zurückführen lassen auf ungenügendes Personal und schlechte Bezahlung und Behandlung des vorhandenen Personals. Genosse Antrick ergänzte seine Angaben von Sonnabend durch spezielle Angaben über die Zustände im Moabitischen Krankenhaus, die jeder Beschreibung Hohn sprechen. Um nur eins zu erwähnen: Es ist dort Sitte gewesen, daß Lupus- und Tuberkulosekranke als Aushelfer des Essens verwendet wurden. Diese vernichtenden Anklagen für den Kommunalfreisinn machten auf allen Seiten des Hauses großen Eindruck. Nur Herr Dr. Hermes versuchte seine Gefinnungsbrüder im rothen Hause herauszuhauen, konnte aber nur auf die Antwort verfrachten, die die Berliner Stadtverordnetenversammlung geben wird. Genosse Singer hob hervor, daß der Berliner Kommunalfreisinn es nicht für notwendig erachtet habe, bis zum Januar d. J. unserer Fraktion, die ein Fünftel in der Stadtverordnetenversammlung ausmacht, einen Sitz in der Krankenhausdeputation anzuweisen. Von den nationalliberalen Rednern, Graf Oriola und Prinz Schönaiß-Carolath, wurde ebenso wie von dem Zentrumsführer Gröber das große Verdienst anerkannt, das sich Antrick mit diesen Angaben erworben hat, und im Gegensatz zu Graf Posadowsky betont, daß der Reichstag die geeignete Stelle sei, wo solche Mißstände vortragen und für Abhilfe gefordert werden müsse. An der weiteren Debatte beteiligte sich von unserer Seite noch Genosse Peus. Genosse Südekum brachte die Verordnung des Bundesrats über die Milzbrandbekämpfung zur Sprache und tadelte ihre Halbheit. Er forderte, daß auch die Kamel- und besonders die Ziegenhaare der Desinfektion durch strömende Wasserdämpfe, der einzig wirksamen, unterworfen würden. Der Direktor im Reichsgesundheitsamt, Bühler, erklärte sich im Ziel einig mit unseren Forderungen, warnte aber vor zu stürmischem Vorgehen. Genosse Wurm betonte mit Recht, daß man hier nicht von stürmischem Vorgehen sprechen könne, wenn man ein Verfahren vorschreibt, dessen Durchführbarkeit festgestellt, sei und das Arbeiterkategorien vor der fürchterlichen Gefahr einer Milzbrand-erkrankung schützt. — Am Dienstag geht die Berathung des Stats des Reichsamt des Innern weiter.

133. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf Posadowsky.

Die zweite Berathung des Stats des Reichsamt des Innern wird fortgesetzt.

Kapitel: Gesundheitsamt.

Dr. Müller-Meinungen (Fp.): Die schändlichen Polizeiverordnungen gegenüber der Presse in Bezug auf die sogenannten Geheimmittel bedeuten ein wahres Schandstück für die Presse. Der Redakteur weiß meist gar nicht, weshalb er bestraft wird, weil der Begriff „Geheimmittel“ gar nicht festgelegt ist. Die Verordnungen darüber sind so kompliziert, daß jeder Redakteur sich einen Thier-, einen Menschenarzt und einen Chemiker halten mußte, um eine Befragung zu verhalten. Gerade hier hängt man meist die Kleinen und läßt die Großen laufen. So wird nichts gegen das Volksthum und gegen die sogen. christliche Wissenschaft der W. B. Eddy gethan. Hier müßte das Reichsgesundheitsamt einschreiten.

Dr. Müller-Sagan (Fp.): Gegen das Gesundheitsamt ist behördliches Einschreiten dringend erwünscht, da selbst Schwerfranke sich durch diesen Eultus verfahren lassen. Im Krankenhaus in Gr. Lichterfelde, das unter Leitung des Prof. Schwanninger steht, ist die Zahl der Sterbefälle an Diphtheritis größer, als in den Berliner Krankenhäusern. Das liegt daran, daß dort die Behandlung mit Heilmitteln grundsätzlich vermieden wird. Da nun Kranke auch zwangweise dorthin gebracht werden können, muß das Reich diesen Zuständen sein Augenmerk zuwenden. — Auch muß das Reich im Interesse der Bekämpfung der Thierseuchen die Thierärzte penant so stellen, daß sie nicht auf Privatpraxis angewiesen sind.

Stöcker (R.): Gegen die erwähnte christliche Wissenschaft sollte man so vorgehen, wie in Amerika, wo man B. Eddy solcher Anklagen, in denen Kranke an dieser Behandlung gestorben sind, schwer bestraft. Das Gesundheitsamt liegt in der Richtung unzeitiger Zeit am Liebernatürlichsten; ebenso ist es ja mit dem Spiritismus, der so oft zum Betrüge angesetzt wird. Die Mißstände, die Abgeordneter Antrick hier vorgebracht hat, könnte man eher „Anklagenfälle“ nennen, sie kommen überall vor. Die Zustände im Elisabethkrankenhaus in Berlin haben mit der Frömmigkeit gar nichts zu thun — In zwei Brotschären wird den sogenannten „freien Schwestern“ der Vorwurf gemacht, daß bei der Behandlung männlicher Kranker Dinge geschehen, die man schamlos nennen muß. Ich selbst kenne einen Fall, der das bestätigt. Hier muß durch Ausbildung männlichen Pflegepersonals Wandel geschaffen werden.

Janetischer Bundesbevollmächtigter Senator Dr. Klugmann: Die Brotschäre, die der Herr Vorredner meinte, bezieht sich auf die Gomburger Krankenkäuer. Die Anklagen sind aber unberechtigt, die Brotschären sind lediglich ein Agitationsmaterial im

Interesse der männlichen Krankenpfleger. Unregelmäßigkeiten kommen in jedem größeren Betriebe vor, die Kranken selbst beschweren sich gar nicht gegen die Pflegerinnen.

Antrick (SD): Die Ursache der Mißstände in den Krankenhäusern liegt in erster Linie an der miserablen Bezahlung und der schlechten Behandlung des Pflegepersonals. — Welchen sittlichen Gefahren 16—17jährige Mädchen auf Männerstationen ausgesetzt sind, brauche ich wohl nicht auseinanderzusetzen. Auch daß meist nicht der Arzt, sondern die Oberin das Regiment führt, spricht gegen die ausschließliche Schwesternpflege. In Gr. Lichterfelde sind die Schwestern in Generalstreik getreten und haben die Kranken einfach liegen lassen. Staat und Gemeinde haben für eine gute Ausbildung der Pfleger zu sorgen und ihnen Pensionsrecht zuerkennen. In der Berliner Charité hat ein Pfleger 7 Jahre gedient und bekam dann, als er wegen Erblindung entlassen wurde, 7 Mark Pension. Er hat mich, diesen Fall hier nicht zur Sprache zu bringen, aus Angst, man würde ihm seine Pension entziehen. Ich beruhigte ihn aber und sagte ihm: „Wenn auch der preussische Staat schon sehr schäbig ist, so schäbig ist er doch nicht.“ (Große Heiterkeit.)

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, Sie dürfen einen Bundesstaat nicht als schäbig bezeichnen. (Große Heiterkeit.)

Antrick (SD): Im Elisabethkrankenhaus sind viele Geschlechtskranke aufgenommen worden, denn sonst würden nicht so viele Gonorrhoe-Erkrankungen vorgekommen sein. Trotzdem ich meine Anklagen gegen das Moabitische Krankenhaus mit vielen Thatsachen belegt habe, mißt mir die „Nationalzeitung“ vor, ich hätte wieder unwahre Thatsachen mitgeteilt, nachdem in der Berliner Stadtverordnetenversammlung festgestellt sei, daß meine Beschauptungen vor 2 Jahren richtig seien. Damals habe ich aber nur meine eigenen Erlebnisse erzählt. Herr Stadtrat Straßmann hält meiner Behauptung, daß die Wärter nur 21 Mk. bekommen, eine Lüge entgegen, daß sie mindestens 23 Mk. erhalten. Redner verliert demgegenüber die Namen einiger Wärter, die 20 bis 21 Mk. erhalten haben. Ebenso richtig ist meine Behauptung, daß die Zahl der Wärter zu gering sei und es an gelehrten Wärtern fehle. Auch habe ich Zeugen dafür, daß die Desinfektionsapparate wochenlang nicht gereinigt wurden und daß 30 Personen in einer Wanne gebadet wurden. Herr Straßmann hat behauptet, es gäbe keine hygienischen Wärter in Moabit, ich stelle eine ganze Reihe von Wärtern zur Verfügung, die Spöhlische waren. Trotzdem hat Herr Straßmann die Unverschämtheit hätte ich bald gesagt — die Stirn zu behaupten, ich hätte die Tribüne des Reichstags zu unwahren Behauptungen gemißbraucht. Ich halte auch meine Behauptung aufrecht, daß Kranke beim Essen bedient haben und daß das Essen sehr schlecht sei. Herr Straßmann hat ein Menu vorgelesen und betont, einen Abend gäbe es sogar Fricasse. Die Ueberreste von altem Fleisch werden in einen Topf gemacht, eine Sauce darüber gegossen und das Fricasse ist fertig. Diese Speise wird noch jetzt Fricasse à la Dr. Straßmann genannt. (Heiterkeit.) Herr Straßmann hat eine Wohlthat vorgelegt, nach der Wärter 27—78 Mk. Gehalt bekommen, während nach meiner Feststellung der höchste Lohn 55 Mk. beträgt. Herr Straßmann führt aber Personen an, die mit der Krankenpflege nichts zu thun haben. Schließlich muß ich noch einen Kontrast vorlegen, der es erklärt, daß kein anständiger Mensch mehr Wärter werden will. Dort heißt es u. A.: ... ich räume dem leitenden Verwaltungsbeamten das Recht zu meiner sofortigen Entlassung ohne Angabe von Gründen ein. Außerdem unterwerfe ich mich den Bestimmungen der für Preußen bestehenden Gesindeordnung ausdrücklich. Ist das nicht ein Schandstück, daß die Freisinnigen, die öffentlich immer gegen die Gesindeordnung eintreten, einen solchen Kontrast vorgelegen? (Sehr richtig! h. d. Soz.) Sorgen Sie dafür, daß in diesem Augenblick angemessen wird, und dann werden Sie bessere Verhältnisse schaffen. (Bravo! h. d. Soz.)

Franke (R.): Wenn der Abg. Antrick sagte, die Krankenpfleger würden nicht genügend bezahlt, so erwidere ich ihm, daß christliche Nächstenliebe und Aufopferung überhaupt nicht zu bezahlen sind. — Redner verteidigt im weiteren Laufe seiner Rede die weiblichen Beschäftigten gegen den Vorwurf des Abg. Sagan, es geschehe auf ihren Beiden nicht, um die Wurmkrankheit zu bekämpfen, und fordert gesetzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Brauntumpepest.

Singer (SD): Es ist tiefbeschämend, daß in der Stadtverwaltung Berlins Dinge vorkommen, wie sie der Abg. Antrick hier vorgebracht hat. Derartige Zustände bestehen ja nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen Städten, und das Reichsgesundheitsamt hätte deshalb die Pflicht, in dieser Sache das Wort zu ergreifen, um so mehr, als im vorigen Jahre gesagt wurde, es solle eine Revision des Moabitischen Krankenhauses stattfinden. Wie ist denn das Ergebnis dieser Revision? Die Schuld an diesen Mißständen trifft auch die Berliner Stadtverordnetenversammlung, deren Mehrheit noch nie einen sozialdemokratischen Stadtverordneten in die Krankenhausdeputation hineingewählt hat. (Hört, hört! bei den Soz.) Unter diesen Umständen werden Sie es verstehen, wenn ich von meinen Freunden und mir jede Verantwortung für diese Zustände abwälze. Erst in diesem Jahre haben die Berliner Stadtverordneten einen Sozialdemokraten in die Krankenhausdeputation gewählt. Das Allerschlimmste an diesen tiefbedauerlichen Zuständen ist, daß die Schuld nicht an einzelnen Personen, sondern an dem ganzen System liegt, daran, daß man sich nicht entschließen kann, genügend bezahltes Personal anzustellen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Groß ist der Andrang von Aspiranten und Volontären zu den Krankenhäusern. Diese Herren betrachten ihre Thätigkeit dort als eine Schule für ihre spätere Privatpraxis. Der leitende Assistenzarzt kann sich heute gar nicht um alles kümmern, wie das keine Pflicht wäre. Diese Herren, oft Autoritäten erst in Krankenhäusern, begnügen sich mit einer Generalvisite in Begleitung der behandelnden Ärzte. Hier sollte man nicht sparen, und wenn man keinen Chefarzt für 8000 Mark bekommt, so sollte man einen für 15 000 oder 20 000 Mark anstellen, der dann seine ganze Thätigkeit dem Krankenhaus widmen kann. — Wenn diese Diskussion den Erfolg hat, die Verhältnisse auf diesem Gebiete zu bessern, würde sich

Niemand mehr freuen, als wir Sozialdemokraten. (Bravo! bei den Soz.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Auf Grund der im vorigen Jahre hier vorgebrachten Beschwerden habe ich Veranlassung genommen, eingehende Revisionen zu veranlassen. Es liegt mir auch hier eine Verfügung der Preussischen Regierung vor. Die Ermittlungen haben ergeben, daß in Preußen, soweit die Charité und die Universitätskliniken in Frage kommen, die Vorwürfe theilweise berechtigt waren. Was den traurigen Fall im Elisabethkrankenhaus anlangt, so ist die Thatsache richtig. Es ist eine Untersuchung eingeleitet und Herr Medizinalrath Dr. Koch hinzugezogen worden, um zu ermitteln, wie ein solcher Fall möglich war. Die Schuld liegt vermutlich an der Unanberkeit des Pflegepersonals. Wir alle wissen, daß auf dem Gebiete der Krankenhauspflege große Mängel vorhanden sind, und da noch viel zu leisten ist. In der Hauptsache ist das ganze Gebiet aber Landesache und es ist schwer, in diesem hohen Hause Rede und Antwort zu geben, wenn man für die laienhafte Verwaltung nicht verantwortlich ist. In einem Falle betrifft die Beschwerde des Abg. Antrick Reichsgebiet; es war die Mitteilung, daß in einem Berliner Sanatorium nicht mit der nötigen Sorgfalt verfahren wird. Sie können sich darauf verlassen, daß ich dieser Frage sehr ernst nachgehen werde. Noch einen Gesichtspunkt möchte ich hervorheben. Sie wissen, welcher Widerwille in großen Bevölkerungsteilen gegen öffentliche Krankenhäuser besteht. Sie werden aber mit zugehen, daß die große Masse der Bevölkerung in den Krankenhäusern viel besser aufgehoben ist, als in der eigenen Behausung. (Sehr richtig!) Wenn die vom Abg. Antrick angeführten Fälle wahr sind, so sind sie erschütternd. Es kann sich dann aber nur um Ausnahmen handeln. Die deutsche Krankenhauspflege steht auf einem sehr hohen Niveau. Die deutsche ärztliche Wissenschaft marschirt an der Spitze. Ueber die erwähnte christliche science will ich mich vorerst äußern. Ich habe gewiß keine Sympathie dafür. Aber in solchen mehr physikalischen Dingen ist oft mit hochgebildeten Personen nicht zu reden. Ich kenne selbst einen Mann, der mir erklärt hat, er habe selbst gesehen, wie es plötzlich Blauen von der Dede geregnet habe. Dagegen giebt's keinen Kampf. (Heiterkeit.) Was nun die Resolution des Freiwesens anlangt, so können Sie dieselbe annehmen oder kauderzeln lassen, wie Sie wollen. Sie werden Fälle, wie z. B., daß eine solche Diagnose festgestellt wird, usw. nicht beteiligen können. Dem Abg. Müller-Meinungen möchte ich erwidern, daß als Geheimmittel nur offenbar schädliche oder zu betrüblichen Zwecken injizierte Mittel angesehen werden. (Bravo!)

Graf Oriola (R): Ich bin recht froh, daß die Regierung sich nun endlich entschlossen hat, dem Abg. Antrick zu antworten. Wir haben vollkommen Recht, solche Beschwerden beim Kapitel „Reichsgesundheitsamt“ zur Sprache zu bringen. Nothwendig ist, daß die Einzelregierungen energische Untersuchungen anstellen. Herr Antrick hat gewiß in gutem Glauben seine Anklagen erhoben, aber ehe nicht eine regelmäßige Untersuchung stattgefunden hat, kann man seine Klagen nicht als sicher begründet halten. — Unsere Krankenpflegerinnen müssen vor schamlosen Handdrückungen bewahrt bleiben; dazu muß männliches Personal vorhanden sein. Herr Singer hat hervorgehoben, daß in großen Kommunen alles Mögliche gethan wird, um die Krankenhäuser zu Musteranstalten zu machen. Das ist ganz meine Ansicht. Dagegen stimme ich mit ihm darin nicht überein, daß den leitenden Ärzten der Krankenhäuser die Privatpraxis zu verbieten sei. Dadurch werde nur bezweckt, daß die tüchtigsten Ärzte den Krankenhäusern fernbleiben. Eine Vermehrung der Ärzte halte ich für geboten. Gegen das Mißtrauen, das in der Bevölkerung gegen die Krankenhäuser besteht, ist das beste Mittel auf Abhilfe der herrschenden Mißstände zu drängen. (Bravo! bei den Soz.)

Dr. Südekum (SD): Die Bundesratsverordnung über den Betrieb der Hochhaarpinnereien giebt mir Anlaß, den Kampf gegen die Milzbrandgefahr zu besprechen. Die Klagen der Arbeiterschaft richten sich gegen die Halbheit der durch die Verordnung vom 28. Januar 1899 getroffenen Bestimmungen. Im § 2 werden den Unternehmern zwei Desinfektionsverfahren zur beliebigen Verwendung überlassen, aber nur das Verfahren mit strömendem Dampf giebt Sicherheit. Die Unternehmer behaupten nun, unter diesem Verfahren litte das Material. Zwei Untersuchungen im Reichsgesundheitsamt haben die Unrichtigkeit dieser Klagen ergeben. In der Desinfektion werden aber meist zu hoch gespannte Dämpfe verwendet oder die Einrichtung ist technisch mangelhaft. Die Frage, ob dieses Verfahren obligatorisch einzuführen sei, ist also als gelöst zu betrachten, und es wäre gut, die zweite Desinfektionsart den Unternehmern zu nehmen. Graf Posadowsky drückte mich im vorigen Jahre auf § 120a der Gewerbeordnung, nach dem Arbeiterkategorievorschriften nur soweit geltend gemacht werden dürfen, als die Natur des Betriebes es gestattet. Der Ausdruck „Natur des Betriebes“ darf nicht so ausgelegt werden, daß er bedeutet: „soweit es der Profit der Unternehmer gestattet.“ (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Nach einem gewissen Durchschnittsbetriebe muß die Forderung bemessen werden. Klage wird auch über die zu geringe Ausdehnung der Desinfektionsvorschriften geführt. Die Verordnung beschränkt sich auf ausländisches Material und läßt noch Ausnahmen zu. So sind Ziegenhaare angenommen, im Jahre 1901 sind aber in Nürnberg zwei Fälle von Uebertragung von Milzbrand durch Ziegenhaar vorgekommen. In Nürnberg hat sich eine Arbeiterkommission gegen den Milzbrand gebildet, die zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß sämtliches aus- und inländisches Ziegenhaarmaterial desinfiziert werden muß. Sie hat auch beim Rag hat eine dahingehende Resolution erzielte. Auch die Forderung der Desinfektion inländischen Materials müssen wir kategorisch aufstellen. Die Behörden dürfen sich nicht so rückständig zeigen, wie die sächsische Regierung. — Der Name des sächsischen Beamten, der mir sagte, er würde auch noch Sozialdemokrat werden, werde ich Herrn Fischer nicht nennen. Ich will nur sagen, daß Herr Fischer dieser Beamte von sozialpolitischer Gesinnung nicht gewesen ist. (Heiterkeit.)

Präsident des Reichsgesundheitsamtes Dr. Bühler: Die Forderung, sämtliches inländische Material zu desinfizieren, geht

Achtung, Fabrikarbeiter! In der heute, Dienstag, stattfindenden Versammlung wird Gen. Stellin einen Vortrag halten über „Das 19. und 20. Jahrhundert.“ Aus diesem Grunde ist zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwünscht.

Zum Anwalt der Steuerbehörde wirt sich d. Amtsblatt auf, indem es unsere Notiz bezüglich der Einstellung von pensionierten Beamten als un wahr bezeichnet. Zum Schluss gibt aber der Verfasser der Notiz selbst zu, daß momentan ein pensionierter Beamter als Hilfskraft angestellt sei. Wo bleibt da die Logik? Als un wahr aber müssen wir die Behauptung des Amtsblattes bezeichnen, daß diese eine Hilfskraft gleichfalls mit 3 Mk. pro Tag entlohnt wird. Diese bezieht tatsächlich nur 2 Mark täglich und die Steuerbehörde spart 1 Mk. Letztere wüßte auch jederzeit pensionierte Beamte für 2 Mk. anstellen, wenn sie nur welche bekommen könnte.

Versammlung der Bürgerchaft am 3. Februar. Dieselbe wurde um 10 Uhr 20 Min. vom Vorsitzenden Dr. Brehmer eröffnet.

Senator Dr. Kling verliest mehrere im Einverständnis mit dem Bürgerausschuß gefaßte Beschlüsse.

Beim ersten Punkt der T. O.: Bewilligung von 270 000 Mark an die Kanalbaubehörde zur Beschaffung der für die Unterhaltung des Elbe-Trave-Kanals erforderlichen Bagger und Geräths. Hierin vom Bürgerausschuß zur Mitgenehmigung empfohlener Senatsantrag vor, nach welchem der Kanalbaubehörde zur Beschaffung der zur Unterhaltung des Elbe-Trave-Kanals erforderlichen Bagger und Geräths nach Maßgabe des mit ihrem Bericht vom 30. Januar vorgelegten Plans Lübeckischerseits 270 000 Mk. zur Verfügung gestellt und diese Summe auf den Anleihefonds angewiesen werden soll.

Heiße monirt, daß bei der Schließung der Behlendorfer Schleuse seitens der Kanalbaubehörde nicht die Gründe für die Schließung angegeben worden sind. Um etwaigen falschen Behauptungen vorzubeugen, sei eine solche Mitteilung stets erforderlich. Ferner kritisiert Redner im Anschluß hieran, daß der Vertreter der Kanalbaubehörde im Bundesrathe, Dr. Klugmann, anlässlich der Verhandlung der Zolltarifvorlage im Reichstage nicht den abtönenden Standpunkt der Bürgerchaft zum Ausdruck gebracht habe.

Dobbertin findet es auffällig, daß der Kostenanschlag bereits vom 26. Juli v. J. datirt; er ersucht den Senat, daß bei Annahme des Antrags ein neuer Kostenanschlag erforderlich werde. Redner rügt, daß bei Aufstellung der Kosten 10 000 Mk. eingepreist seien, deren Bestimmung nicht klar ersichtlich sei. Er erinnert daran, daß beim Bau des Elbe-Trave-Kanal im Anschlag 100 000 Mk. verzeichnet gewesen seien, über welchen Posten das Bericht enthalten sei, daß derselbe zur Verteilung an höhere Beamte Verwendung gefunden habe; für solche Sonder-Aufwendungen aber sei er nicht zu haben.

Senator Dr. Kling bemerkt Heiße, daß sich die Ursachen der Behlendorfer Schleuse nicht sofort hätten feststellen lassen, deshalb seien diese auch nicht bekannt gegeben. Im Uebrigen hätte man gehofft, durch eine provisorische Reparatur den Schaden auszubessern.

Pape hält es zwar für selbstverständlich, daß an Baggerarbeiten im Elbe-Trave-Kanal gedacht würde, er vermißt aber die Erörterung der Frage, ob die alten Bagger sich nicht dafür eignen. Redner dankt beifällig für den Kanal, wenn, wie geplant, die Geschäftskreise die Kosten für denselben zu zahlen haben. Er empfiehlt, daß zu der Kanalbaubehörde ein technisch gebildeter Herr hinzugezogen würde und giebt ferner seine Befriedigung darüber Ausdruck, daß die preussische Regierung in der von ihm mehrfach erwähnten Bauenburger Angelegenheit auch konstante als Sachverständige hinzugezogen habe. — Er bedauert, daß ihm infolge der Abwesenheit des Dr. Görz, der ihm nach seiner ganzen parlamentarischen Vergangenheit gar nicht als Vorbild dienen könne, die Gelegenheit fehle, auf dessen in dieser Angelegenheit gegen ihn, Pape, gerichtete persönliche Angriffe zu reagieren.

Vorsitzender Dr. Brehmer rügt diese Verhärterung Papes und bittet, solche persönlichen Bemerkungen zu unterlassen.

Senator Eschenberg bemerkt Heiße gegenüber, daß eine Opposition Dr. Klugmanns gegen den Zolltarif im Reichstage unstatthaft gewesen wäre, da ja die Beschlüsse im Bundesrathe mit Majorität gefaßt worden seien.

Pape erwidert dem Vorredner, daß Dr. Klugmann doch verpflichtet gewesen wäre, für die Handelsverträge einzutreten, und zwar mit demselben Recht, wie die agrarisch gekannten Bundesratsmitglieder, welche im Reichstage für die Bölle eingetreten seien. Redner bedauert, daß man in den Kanal-Angelegenheiten nicht klar sehen könne, um festzustellen, wieviel der Kanal koste. Aus diesem Grunde habe er auch die Bauenburger Angelegenheit erörtert.

Der Senatsantrag findet hiernach Annahme.

Debatteles genehmigt werden sodann die beiden folgenden Senatsanträge: Die im Vertrage vom 1. Mai 1901 mit der Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft unter § 14 für die Güterbeförderung auf den Seefahrtswegen vereinbarten Gebührensätze werden auf die Strecke am Kanalhafen zwischen Burgthorbrücke und Hügelthorbrücke und zunächst auf die Zeitdauer von fünf Jahren, vom 1. Januar 1902 an gerechnet, erstreckt, und Verlängerung des mit der Handelskammer abgeschlossenen Vertrages auf unbestimmte Zeit, betr. Fortführung des Regelschleppbetriebes auf dem Elbe-Trave-Kanal.

Beim 4. Punkt: Anweisung des zum Bau der Eisenbahn Lübeck-Schlutup zu leistenden Staatszuschusses auf Anleihehelfer. Recht ein Senatsantrag zur Verhandlung, daß der vom Staate gemäß § 3 Absatz 1 des mit der Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft über den Bau einer Eisenbahn von Lübeck nach Schlutup abgeschlossenen Vertrages vom 1. Mai 1901 zu leistende Zuschuß zu den Baukosten im Gesamtbetrag bis zu 400 000 Mk. auf die Staatsanleihe von 1899 angewiesen werde.

Dobbertin ist nicht ohne besondere Anerkennung aus, daß die Arbeit an einem hiesigen Unternehmern vergeben worden sei, trotzdem er nicht der Billigste gewesen wäre. Er hofft, daß auch in Zukunft so verfahren werde.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Zum 5. Punkt: Fernere Subvention des Stadttheater für die Jahre 1902 bis 1907, ist seitens des Senates folgender Antrag eingegangen: „1. daß dem Vorstande der Aktiengesellschaft Casino zur Erhaltung und Sicherstellung des Stadttheaters für die nächsten fünf Spielzeiten 1902/1903 bis 1906/1907 unter den bisherigen Bedingungen vom 1. Oktober 1902 ab eine während der jedesmaligen sechs Wintermonate in gleichen Theilbeträgen zahlbare Beihilfe von 26 000 aus öffentlichen Mitteln gewährt, daß davon je 15 600 Mk. auf die Staatskasse und 10 400 Mk. auf die Mittel der städtischen Gemeindeanstalten angewiesen, und daß die bewilligten Beträge in die betreffenden Wochenspiele für die genannten Rechnungsjahre eingekauft werden; 2. daß die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten angewiesen werde, die Belandung des Stadttheaters in den Winterpielzeiten 1902/3 bis 1906/7 bis zum Betrage von 5000 Mark für jede Spielzeit unentgeltlich zu liefern.“

Hierzu beantragte Dr. Meyer, die jährliche Subvention von 26 000 auf 30 000 Mk. zu erhöhen und 18 000 Mk. auf die Staatskasse und 12 000 Mk. auf die Mittel der städtischen Gemeindeanstalten anzuweisen.

Dr. Meyer begründet in längeren Ausführungen seinen Antrag. Das Stadttheater sei nur zu erhalten durch staatlichen

etwas zu weit. Auch der fröndere Wasserdampf garantiert nicht in allen Fällen die Abkühlung der Milchbrandaufbereitung. Unter liegt ist genau dasselbe wie das des Herrn Vorredners, nur wollen wir nicht so förmlich vorgehen wie er.

Prinz Schönaich-Carolath (Hörs. b. d. Koll.): Das einzige Mittel, die Milchstände in den Krankenhäusern zu verbessern ist, daß wir sie hier zur Sprache bringen. Ein ersterlicher Erfolg unserer Debatten ist schon erreicht: der Durchschnittslohn für das Wärterpersonal in der kgl. Charité ist erhöht worden. Im Vergleich zum Ausland sind unsere Krankenhäuser noch immer die besten der Welt.

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Dr. Fischer: Herr Dr. Südekum hat mir indirekt Mangel an sozialpolitischem Verständnis vorgeworfen. Ich kann ihm nur erwidern: „Du kennst mein Herz noch lange nicht.“ (Heiterkeit) Man kann wohl einzelne Milchstände zugeben, ohne deswegen schon Sozialdemokrat zu sein.

Wurm (SD.): Gegenüber Herrn Geheimrath Köhler möchte ich erwidern, daß darin doch nichts zu Stürmisches liegt, wenn man ein Verfahren vorschreibt, dessen Durchführbarkeit sichergestellt ist. Die Desinfizierung auch des inländischen Materials ist dringend geboten. Es kommen Fälle vor, in denen trotz sorgfältigster Desinfizierung des ausländischen Materials Erkrankungen an Milbrand zu verzeichnen sind. — Sehr gesundheitschädlich ist auch die Tätigkeit der Tapeziter, die oft bis in den Hals im Kohlenstaub und sehr unter der Staubentwicklung leiden. Auch hier ist Abhilfe dringend geboten. (Bravo! b. d. Soz.)

Dr. Hermes (SP.): Ich zweifle nicht, daß der Berliner Magistrat Herrn Autric die Antwort nicht schuldig bleiben wird. Der Reichstag hat an diesen Details kein Interesse. Der Herr Präsident sieht mich an, er scheint auch der Meinung zu sein, daß diese Angelegenheit nicht hierher gehört. (Heiterkeit)

Präsident Graf Ballestrem: Folgen Sie dieser Meinung. (Große Heiterkeit)

Dr. Hermes (fortfahrend): Solche Angriffe haben die Gefahr, daß sie das Vertrauen der Bevölkerung zu unseren Krankenhäusern erschüttern.

Gröber (Z.): Die sozialdemokratischen Angriffe, die den Stempel der Wahrheit an sich tragen, sind im Reichstag durchaus am Platze. Eine bessere Beschulung, als sie die Berliner Wärter erhalten, ist durchaus nötig. Ich möchte bei dieser Gelegenheit das Reichsgesundheitsamt bitten, daß die Einrichtungen, denen die religiösen Krankenpfleger-Kongregationen unterworfen sind, aufgehoben. (Beifall im Zentrum)

Reus (SD): Schon vorgestern wurde der Brief eines Dessauer Kreisphysikus vorgebracht, in dem sehr schwere Beschuldigungen gegen den Krankenhausdirektor in Bernburg erhoben wurden. Die Regierung hat aber keine Aufklärung gegeben, und das Volk weiß noch nicht, ob die ungeschicklichen Aufschuldigungen wahr sind, oder nicht. Es wurde Anfrage erhoben, die Regierung verbindete aber, daß der Briefschreiber Zeugnis ablegte, unter mißbräuchlicher Anwendung des § 53. Dadurch verschlimmert die anhaltliche Regierung nur das Mißtrauen der Bevölkerung zu den Krankenhäusern. Wenn ein Ehepaar noch ein Privatproszess hat, so liegt die Verantwortung für ihn nahe, den ganzen Tag in der Stadt herumzutroteln und Krankenhäuser Krankenhäuser sein zu lassen. Diese Verantwortung muß befristet werden. Dann müssen auch die Krankenhäuser streng kontrolliert werden, nicht durch Beamte, sondern durch unabhängige Bürger. Mit der Verquickung von Krankenhäuserpflege und Religionspflege sind wir Sozialdemokraten nicht einverstanden. Wie oft sind Fälle vorgekommen, wo man nicht vermag, an den Kranken zu heilen, sondern zu befehlen. Man muß den Rath des Herrn Gröber beherzigen, daß er dieses Gebiet betreten hat. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Dr. Semler (Z.): Der Verband deutscher Krankenanstaltsärzte hat eine Anfrage über die angeleglichen Milchstände mit weiblichem Pflegepersonal in Krankenhäusern veranlaßt. Die Antworten gipfeln darin, daß alle Maßnahmen, welche das Schmutzgefühl der Schwefelung verkleinern könnten, unterlassen werden.

Damit schließt die Diskussion. Das Kapitel „Reichsgesundheitsamt“ wird bewilligt.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Rast des Reichsamt des Innern, Gesetz betr. den Schutz des Senfer Neutralitätszeichens.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Auflösung des Reichstages droht die häufig offiziös bediente Münchener „Allg. Zig.“ in einem Artikel an, der sich an die Kundgebung des Reichskanzlers zum Zolltarif in der „Nordd. Allg. Zig.“ anschließt. Als die Sturm- wölfe, die das Scheitern des Reichstages resp. Zolltarifschiff- leins ankündigen, bezeichnet das offiziöse jüddische Blatt die Agrarier, deren Treiben es nach einem höchst über- flüssigen Seitenhieb auf die Freihandelsagitation also kenn- zeichnet:

Seit größer aber als diese Sünden Schuld ist die des extre- men Agrariertums, das, im Munde das große Wort der alleinigen Fürsorge für eine schwer leidende Landwirtschaft, der Regierung, die in dem Schutze der Landwirtschaft bis an die äußerste Grenze gegangen ist und sogar das schwere diplomatische Wagnis des „Doppeltarifs“ unternommen hat, den Dolch in den Rücken zu stoßen sucht.

Und dann heißt es über den Reichstag, d. h. über die agrarische Reichstagsmehrheit:

Die Verquickung dieser Agitation mit dem Parlamentarismus und die gleichzeitige Ausnutzung eines herausfordernden Parlamentarismus durch eine derartig ausdehnende Interessen- politik, sie fügen zu der schweren wirtschaftlichen Gefährdung des jungen Reichs auch noch eine leichtfertige Unterminierung der konstitutionellen Einrichtungen. Mit einem Parlamentarismus, wie er sich gegenwärtig präsentiert, kann kein so kompliziertes Staatswesen wie das Deutsche Reich auf die Dauer regiert werden. Wir sprechen das unabweisbar aus als den Grund, der, soweit unsere Beobachtungen reichen, bei jeder urtheilfähigen und durch und durch liberalen Lesern herrscht. Ein zentraler Geschäftsbereich so wenig mächtiger Reichstag, wie der gegenwärtige, ist, wenn auch kein erbautliches Schauspiel, so doch wenigstens erträglich, so lange er löslich, so gut es eben geht, die Mängel der laufenden Geschäfte in Bewegung hält. Es ist sich aber zu dieser Forderung auch noch die Privatität, um nicht zu sagen Bosheit, mit der jetzt sogenannte „Vertreter des gesamten Volkes“ Staatsgeschäfte zu betreiben versuchen, dazu hat jede Vergehung und jedes Regieren, soweit es auf die Verquickung abgesehen ist, auf. Derjenige Elemente, denen es in der Ausübung des höchsten Ehrenamtes des deutschen Volkes ernst ist, haben daher allen Grund, sich nur zu wagen, daß ein Reichstag nicht nur dann noch Hause ge- schickt und durch eines anderen ersetzt werden muß, wenn er die Mitarbeit in einer Frage verweigert, die die Regierung und die Leiter des Reiches unter allen Umständen im Interesse des Reiches zur Lösung bringen müssen. Eine Volkswirtschaft kann auch vor der Richterzahl der Nation gestellt werden, wenn sie sich fortgesetzt gräßlicher Pflichtverletzung schuldig macht, wenn in ihr Falschheit oder Bosheit derart überhand nehmen, daß sie schon zu einer schmerzhaften Prä-

fung so gewichtigen Fragen, wie die des Zolltarifs, sich unfähig erweist. Im gegenwärtigen Augenblick erscheint uns die letztere Eventualität bedenklich nahegerückt.

Wir sind damit ganz einverstanden, daß die Regierung den Reichstag auflöst und Neuwahlen unter dem Zeichen der 6 Mark-Getreidezölle stattfinden. Also nur zu!

Ueber die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Eichorien- fabriken hat der Bundesrath eine Verordnung erlassen, wonach vom 1. April ab in Eichorienfabriken sowie in solchen zur Herstellung von Eichorie dienenden Werkstätten, in welchen durch elementare Kraft (Dampf, Wind, Wasser, Gas, Elektrizität ujm.) bewegte Triebwerke nicht bloß vorüber- gehend zur Verwendung kommen, Arbeiterinnen und jugend- lichen Arbeitern in Räumen, in welchen Dampfen im Betriebe sind, während der Dauer des Betriebes eine Beschäftigung nicht gestattet und der Aufenthalt nicht gestattet werden darf. Die Bestimmungen treten am 1. April 1902 in Kraft und gelten vorläufig für 10 Jahre.

Eine weitverbreitete Ordensschnecke hat sich anläß- lich des letzten Ordensregens zu Kaisers Geburtstag bemerk- bar gemacht. Nach einer offiziellen Meldung hat von den aus Anlaß dieses Tages durch Ordensverleihungen dekorirten Personen ein größerer Theil die Annahme der Auszeichnungen zurückgewiesen. Wie bis jetzt bekannt geworden ist, sind es 27 Personen gewesen. In der Hauptsache han- delt es sich hierbei um Zurückweisung des Allgemeinen Ehrenzeichens durch Lehrer, Subalternbeamten, pensionirte Postbeamte u. s. Für diese Beamtenproletarier pflegt die Ver- leihung eines Bandchens dazu bestimmt zu sein, um die Blüten ihrer dürftigen Existenz zu verdecken. Wie Figuren züchten diese Leute an, über den Werth einer solchen Auszeichnung sich ihre eigenen, nicht immer respektvollen, Gedanken zu machen.

Kleine politische Nachrichten. Im Reichsamt des Innern ist ein Fragebogen ausgearbeitet worden, der sich auf die von der bayerischen Regierung beim Bundesrath beantragte Ein- führung des Beschäftigungsnachweises für das Baugewerbe bezieht. Er wird demnächst den Bundesregierun- gen zugehen, und diese werden ihn den Handwerkerkammern vor- legen. — Die Kommission des Reichstages für Kauf- männliche Schiedsgerichte besteht aus folgenden vierzehn Mitgliedern: Trimborn, Dr. Sipe, Battendoiff, Schmid-Jummen- stadt, Biell, Hoffmeister, Bauernmeister, Eggelski, Wassermann, Hof- mann-Dillenburg, Freiser v. Rischhofen, Henning, Fischer- Sachsler und Rosenow. Die Kommission hat sich Montag kon- stituirte und zum Vorsitzenden den Abg. Wassermann gewählt. — Auf der Konradstraße in Döbera (Vauß) stürzte eine 37-jäh- rige Frau mit drei Grubenarbeitern, welche die Schale un- bereinigt betreten hatten, in die Tiefe, alle drei Arbeiter waren sofort todt. — Die französische Kammer bewilligte Montag mit 502 gegen 46 sozialistische Stimmen die Kredite für den Empfang des Kaisers von Rußland, nach- dem sich Sembar (SD.) über die Fragwürdigkeit der französisch- russischen Allianz ausgesprochen hatte. — Von dem Kampfe auf dem amerikanischen Fährweg kommt jeden Tag eine andere Meldung. Die neueste lautet wieder trübselig für die eben noch sehr jugendliche venezolanische Regierung. Danach haben die Jungens der Regierungstruppen bei Tabal geschlagen und ihnen schwere Verluste beigebracht. — Aus China liegen eine Reihe von Nachrichten vor, die einen fast unheimlichen Reformeifer der Kaiserin-Wittve bekunden. Ein Edikt der Kaiserin-Regentin ge- hiet für die Zukunft die Heirat zwischen Mandchus und Chinesen und empfiehlt, das Fährbinden bei den Frauen abzuschaffen. Nach einem Edikt des Kaisers sollen Mitglieder des kaiserlichen Hauses und vornehmer Familien Reisen ins Aus- land unternehmen, um sich fremde Bildung anzueignen.

Oesterreich-Ungarn.

Die Heizer des „Oesterreichischen Lloyd“ haben nach einem Wollfischen Telegramm aus Trieste die Arbeit niedergelegt; sie verlangen Herabsetzung der Arbeits- zeit. Verhandlungen sind eingeleitet, haben aber zu einem Ergebnis noch nicht geführt.

Irland.

Es gährt. Der „Pall Mall Gazette“ geht aus Dublin nachstehendes Telegramm zu: „Aus verschiedenen Theilen der Grafschaft Roscommon kommen beunruhigende Nachrichten. Pächter, von denen man annimmt, daß sie ihre Pacht bezahlt haben, werden bei Nachtzeit von bewaff- neten Leuten aufgesucht, und man überreißt nicht, wenn man von einem Schredensregiment spricht. Vor einigen Tagen entkam der Agent des Lord de Freyne nur mit knapper Noth einer drohenden Volksmenge von etwa 300 Köpfen. Fast jede Nacht werden sogenannte Mitter- nachts-Versammlungen abgehalten. Die Behörden sind außerordentlich beunruhigt, und man erwartet mit Seh- nung Befehle von Dublin und Verstärkungen für die Lan- dwehr.“

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz liegt folgende „Neuter“-Meldung vor: Bei einem Gefechte zwischen englischen Truppen und 50 Buren in der Nähe des Zusammenflusses des Wilge und des Leanspruit am 25. v. M. überdritten 100 Buren von Bessels Kommando den Wilge-Fluß etwas weiter unterhalb dieser Stelle und stürzten auf die Nachhut der Südafri- kanischen leichten Reiter ein. 70 Buren, die zu Dewets Kern- truppen gehörten, griffen die Stellung der leichten Reiter ausgenäherlich in der Absicht an, sich eines Pompomgeschützes zu bemächtigen. Die leichten Reiter schossen mit Granaten auf den Feind, der sich darauf zurückzog. Dewet mit sechs Begleitern floh den Heliensbergpfeil-Fluß entlang. Steijn mit 30 Mann steht zwischen Reiz und Bethlehem.

Die Aftenpade zwischen der Regierung der Niederlande und dem Londoner Kabinet zwecks Anbahnung des Friedens sollen heute, Dienstag, zu gleicher Zeit in London und im Haag veröffentlicht werden.

Amerika.

Bergwerksexplosion. In einer Kohlengrube in Mexico erfolgte eine Staubexplosion. 80 Personen fanden dabei den Tod.

Auf Cuba droht eine neue Revolution. New- yorker Blätter betrachten den Anbruch als sehr nahe bevor- stehend, falls die Vereinigten Staaten sich weigern, die For- derungen der Kubaner zu genehmigen. Die letzten Tele- gramme der amerikanischen Beamten sind in äußerst pes- simistischen Tönen gehalten. Die Blätter fordern den Senat auf, die Initiative zu ergreifen, um die Forderungen bei der Regierung durchzusetzen.

Zusatz: Es müsse das Bestreben sein, das Theater auf denjenigen künstlerischen Höhe zu erhalten, auf der es sich in der letzten Zeit befunden habe, wo Stücke wie „Die Zauberflöte“, „Die Nacht der Hünstern“ und die Wagner-Trilogie zur Ausführung gelangt seien. Dieser Zweck werde aber nicht erreicht durch den Senatsantrag. Wer die dramatische Musik fördere, habe etwas Volkstümliches geliefert. Es seien Gasse in unser Ensemble eingeführt worden, welche wir früher nicht gehabt hätten. Wäre Direktor Gottscheid ein Geschäftsmann gewesen, dann hätte er ohne Frage mehr gefordert; er habe es aber nicht gethan, sondern vielmehr gesagt, den erforderlichen Betrag müsse er haben, um das Theater auf seiner künstlerischen Höhe zu erhalten. Auch die Luftschiffsteuer, die fünf Mark für jede Vorstellung betrage, müsse in Betracht gezogen werden; erwüschten doch durch dieselbe bei 220 Vorstellungen 1100 Mark jährlich. Die vermehrte Ausgabe sei eine Kapitalanlage, indem die gut situierten Leute, sowohl ihrer selbst, als auch ihrer Kinder wegen, des Theaters halber nach hier kämen. Zum Schluss polemisierte Redner gegen die im Amtsblatt über die Subvention erschienenen Artikel.

Senator Eschenburg erkl. um Ablehnung des Antrages Meyer und zwar mit Rücksicht auf die finanziellen Verhältnisse unseres Staates. Dieselben seien keine rosig, könnte doch sehr leicht der Fall eintreten, daß im nächsten Jahre eine Erhöhung der Einheiten von 5 auf 6 erfolgen müsse. Die Worte laute hier: höhere Subvention, dann auch höhere Gemeindesteuern. Er empfehle denjenigen Herren, welche in persönlicher Beziehung zum Theater ständen, doch einer Erhöhung ihrer Abonnementpreise zuzustimmen. Sollte Direktor Gottscheid auslänglich der Richtersfüllung seines Ersehens Abbed dem Rücken kehren, dann würde sich auch ein anderer Theaterdirektor finden lassen. (Bravo!)

Windel ist der Meinung, daß die guten Vorstellungen der letzten Zeit nur dem Zweck gebiet hätten, um Stimmung für eine höhere Subvention zu machen. Man möge billigere Vorstellungen, etwa zu 30 Pf., geben. Die Weihnachtsvorstellungen hätten einem Vater mit 4 bis 5 Kindern doch mindestens 6 bis 8 Mk. gekostet, das sei zu theuer. Auch den Lehrlingen würde bei billigeren Preisen in dem Theater eine liebe Stätte erwachen.

Dr. Benda ist erstent über den Ausschluß der Bürgerchaft; dieser Umstand erwecke in ihm die Hoffnung, daß nun auch bald ein wirkliches Stadttheater, unter Verwaltung der Stadt, entstände. Für die Finanzen würden die 4000 Mk. Mehraufwand an Subvention gar keine Rolle spielen. (Große Unruhe.) Deshalb sei er für den Antrag Dr. Meyer.

Senator Eschenburg weist, soweit verständlich, auf die Erhöhung der Eintrittspreise hin.

Hofenquitt ist für den Antrag Meyer; wenn man dem Hofenquitt 30 000 Mk. geben könne, dann würde man auch wohl dem Direktor beibringen können.

Senator Dr. Flug erörtert die erhebliche Steigerung der Subvention. Außerhand habe sich Gottscheid ja auch mit der Senatsvorlage einverstanden erklärt und sich verpflichtet, unter diesen Bedingungen noch für weitere 5 Jahre die Leitung zu behalten. Redner verliest den Brief S. 3. (Hört! Hört!) Wenn die Herren, welche sich so lebhaft für das Theater interessieren, etwas Besondere haben wollten, dann könnten sie ja unter sich Sammlungen hierfür veranstalten. (Bravo!)

Dr. Baetke bek. sich als früherer Gegner der Subvention; es sei unter allen Umständen richtig, daß die Subvention eine produktive Ausgabe sei, wenn man von der Ansicht ausgehe, daß durch das Theater die Rentiers und Pensionäre an Löhnen gespart würden. Trotzdem er jetzt ein Freund der Subvention sei, so rufe er doch zur Sparsamkeit. Bei jeder Bürgerchaftswahl heiße es: die Bürgerchaft muß den Daumen auf den Beutel halten. Hiermit könne jetzt der Antrag gemacht werden. Er sei für den Senatsantrag.

Buchwald wendet sich gegen Dr. Benda. Wenn dieser meine, daß 4000 Mark keine Rolle spielen, so erinnere er ihn daran, daß der kleine Grobden, der nicht geachtet würde, einen ganzen Hausstand ruinieren könne. (Dr. Benda lacht.)

Pape: Wir müßten weit schlechtere Konsente sein, als Direktor Gottscheid, wenn wir nach dem Brief des Letzteren dem Antrage Dr. Meyers zustimmen würden, und wenn wir ihm mehr bewilligen würden, als er verlangt. G. kann mit der ihm vom Senat zugestandenen Summe vollständig einverstanden sein. Dr. Benda gegenüber bemerkte Redner, daß heute weit mehr für Kunst etc. in Lübeck verausgabt würde, als früher; er erinnere nur an die 30 000 Mark für den Musikverein. Auch bei dieser Summe vertrat er denselben Standpunkt, als i. H. bei der Musikvorlage. Es sei notwendig, daß auch bürgerliche Deputierte mit in die Verwaltung gewählt würden. — Sodann verwies Redner auf den § 63 der Geschäftsordnung, nach welchem diejenigen Mitglieder, welche an irgend einem Unternehmen theilhaftig seien, sich bei Abstimmungen ihrer Stimme zu enthalten hätten. Da anzunehmen sei, daß wohl viele Mitglieder der Bürgerchaft Aktionäre der Kasinogesellschaft seien, so sei das Haus jedenfalls nicht beschlußfähig. Wenn die Herren wirklich so bedürftig seien, dann möchten sie nur die Abonnementskarten zu ihrem richtigen Preis verkaufen, und nicht, wie es geschehen sei, unter Preis.

Senator Eschenburg ist am Tische der Presse unverständlich.

Dobberstein hat keine Ahnung gehabt, daß es so schlecht um Staat bezüglich der Finanzverhältnisse aussieht. Unter solchen Umständen könne man mit der Subvention nicht höher gehen. Gottscheid könne zufrieden sein.

Petit verucht, den Nachweis zu liefern, daß auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus große Vortheile bei der höheren Subvention heranzukommen. (Unruhe.)

Zur Geschäftsordnung erl. Pape um Befredigung seiner bezüglich des § 63 der Geschäftsordnung gegebenen Anregung.

Wortführer Dr. Brehmer widerpricht Pape.

Pape bemerkt demgegenüber, daß doch auch die Kasinogesellschaft von der höheren Subvention profitire. Er ersucht um Abstimmung über seine Anregung.

Der Wortführer erklärt sich, um Pape nicht zu vergewaltigen, mit der Abstimmung einverstanden.

Dr. Recht erhebt Protest gegen die Abstimmung und bedauert das Auftreten Papes, der nicht zum ersten Male solche unbegründeten Sachen vorbringe.

M. H. J. glaubt, daß Pape den § 63 vollständig mißver-

stände, denn sonst könnten viele Mitglieder häufig gar nicht mitkommen.

Dobberstein wendet sich gegen Brecht und bemerkt, daß die alten Sachen lieber nicht von Brecht hätten erwähnt werden sollen.

Dr. Brehmer vertritt sich diese Einmischung in seine Rechte. Pape (verschiedene Mitglieder halten sich die Ohren zu) hält sich für verpflichtet, im Interesse der Steuerzahler Aufklärung über ihm nicht ganz klar erscheinende Sachen zu verlangen; ob es Brecht gefalle oder nicht, sei ihm gleichgültig.

Dr. Brehmer giebt Aufschluß über den Sachverhalt. Hofenquitt meint, daß Brecht es nicht nötig gehabt hätte, in dieser Art und Weise aufzutreten.

Nunmehr wird zur Abstimmung geschritten. Der Antrag Meyer wird abgelehnt, der Senatsantrag angenommen.

Der Senatsantrag beim 6. Punkt, Landerwerb auf der Feldmark Gaeversdorf zu Zwecken des Seebades Travemünde, bezweckt, daß dem vom Finanzdepartement am 23. November 1901 mit dem Hufner Johannes Heinrich Friedrich Gerdy und dem Hufner Friedrich Carl Coers, beide in Gaeversdorf, abgeschlossenen Kaufverträge über 4 ha 42 a 42 qm bezw. 1 ha 59 a 16 qm aus ihren dort belegenen Landstücken die verfassungsmäßige Genehmigung erteilt und das Finanzdepartement ermächtigt werde, die Kaufgelder mit 25 000 Mk. bezw. 4500 Mk. sammt den vom Staate zu tragenden halben Kosten und Abgaben und den auf 1400 Mk. veranschlagten Aufstellungskosten, Rechnungsablage vorzubehalten, vorschußweise aus den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu entnehmen, unter der Verpflichtung, die Summe mit 3 1/2 v. H. jährlich zu verzinsen.

Dr. Wichmann hält die Terrains für zu klein, auch ist seiner Meinung nach der Preis zu hoch. Redner giebt der Hoffnung Ausdruck, daß man Travemünde mit einem Seebad, dieser Beschläge, verschone.

Senator Dr. Flug erklärt, daß der Seebad einsteuern nicht gebaut werden solle.

Dr. Brehmer stellt fest, daß in Travemünde für die anzuliegenden Flächen Landes in einem Falle das Seebad, in einem anderen Falle das Doppelte des Werthes geschätzt werden muß. Trotzdem ist er mit dem Senatsantrage einverstanden.

Nachdem Senator Dr. Flug die Höhe des Kaufpreises angegeben hat, wird der Senatsantrag angenommen.

Beim 7. Punkte: Verstärkung der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten durch ein Senatsmitglied und zwei bürgerliche Deputierte liegt folgender Senatsantrag vor: „Die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten wird gebildet aus drei Senatsmitgliedern und zehn bürgerlichen Deputierten, welche in der Stadt Lübeck oder in einer Vorstadt derselben ihren regelmäßigen Wohnsitz haben.“

Rechtlich wünscht, daß die bürgerlichen Deputierten aus den Kreisen derjenigen Gewerbetreibenden entnommen werden, welche Branchengesamnisse besitzen.

Gusmann will die Ueberschrift des Titels der Vorlage abgeändert wissen.

Senator Dr. Schilling erwidert, daß der Titel von Senat und Bürgerausschuß festgesetzt wird.

Pape unterstützt die Anregung Reeths und bittet die Mitglieder um Entschuldigung, wenn er auch hier wieder etwas zu wenig sei. Da Deputierter Abgeordneter heiße, müsse auch die Wahl derselben von den Bürgern, also von der Bürgerchaft erfolgen. Ihm sei aber nicht bekannt, daß seitens der Bürgerchaft Herren in die Verwaltungsbehörden gewählt worden seien. (Unruhe.)

Wortführer Dr. Brehmer giebt Pape den Rath, sich die nächste Verordnung anzusehen; er lese es übrigens bei jedem Mitgliede voraus, daß es die Verordnungen und G-zeie kenne.

Nach einigen unwesentlichen Aeußerungen Dahms wird der Senatsantrag genehmigt.

Beim 8. Punkte: Generalbudget der öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten pro 1902 und unter Vorbehalt der Gehaltserhöhung des Wasserwärters Steen nahm die Versammlung nach einer von Dobberstein angeregten Aenderung eines Druckfehlers — Erleuchtung statt Beleuchtung — den diesbezüglichen Senatsantrag an.

Zu dem vom Senate bei Punkt 9 eingebrachten Antrag auf Erlass einer Zusagebestimmung zum Gesetz betr. Ausbau an Straßen und Plätzen beantragte Stender, daß diese Bestimmung auch auf Grundbesitz angeordnet werden solle. An der Debatte hierüber, theilnahmen sich Stender, Schwarztopf, Dr. Görz, Senator Dr. Schön, Dr. Wichmann und Senator Dr. Flug. Aus der im Uebrigen des Interesses entbehrenden Debatte sei nur hervorgehoben, daß Dr. Wichmann warm dafür eintrat, daß die Straßen in St. Lorenz mit Bäumen bepflanzt werden, damit den spielenden Kindern gegen die heißen Sonnenstrahlen gewahrt werde. — Der Antrag Stender wurde darauf dem Senate überwiesen.

Dehattelos genehmigt wurde zum Schluß die Anschaffung eines Verzin-Motorbootes für den Hafenpolizeidienst; hierzu wurden 9500 Mk. bewilligt.

Schluß der Sitzung 12,20 Uhr.

Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins am Montag hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen. Die Abrechnung von der Sylvesterfeier ergab eine Einnahme von 436,45 Mk. und eine Ausgabe von 245,90 Mark, mithin einen Ueberschuß von 190,55 Mk. Dieser Betrag wurde auf Antrag des Komitees dem Vertrauensmann überwiesen. Sodann hielt Genosse Rasch-Harburg einen etwa 1 1/4 stündigen, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Die nationalliberale Partei, die Vertreterin politischer Unaufrichtigkeit.“ Bezüglich der Märzfeier wurde beschlossen, diese in Konzert, Aufführung von lebenden Bildern, Gedächtnisrede, gehalten von einem auswärtigen Referenten, bestehen zu lassen. Der Preis der Karte wurde auf 20 Pf. festgesetzt. Ein aus 9 Personen bestehendes Komitee hat die nöthigen Vorarbeiten zu erledigen. Sodann wurde beschlossen, am 3. und 4. März zwei Experimental-Vorträge halten zu lassen und zwar von dem auf diesem Gebiete rühmlichst bekannten Privat-

gelehrten Wempe aus Oldenburg. Auch hier wurde das Eintrittsgeld auf 20 Pf. pro Abend festgelegt. Mit Rücksicht auf den ersten Vortragabend stimmte die Versammlung sodann einem Vorschlage des Vorstandes, die nächste Versammlung erst am 10. März abzuhalten, zu. Hierauf erfolgte Schluß.

Der Naturheilverein unternahm am Sonntag Nachmittag unter zahlreicher Theilnahme (ca. 120 Personen) eine Wanderung nach Hanzelbe, wo man sich in der Gastwirtschaft von Kneisch einige Stunden bei Spiel und Tanz aufhielt. Donnerstag findet, wie schon angekündigt, im „Colosseum“ das Stiftungsfest statt, für das ein sehr reichhaltiges Programm angelegt ist. Neben Orchesterkonzerten, Violinsolis, Klavierkonzerten und Deklamationen steht das Programm auch Vorträge des Herrn Franz Frank, des Heltenbaritons vom hiesigen Stadttheater, vor. Nach Beendigung des orchesterlichen und gesanglichen Theiles findet dann noch ein Ball statt. Ein ausführliches Festbuch wird am Donnerstagabend an der Kasse ausgegeben werden. Da die Vorbereitungen zum Feste sehr sorgfältig getroffen sind, darf man einen genussreichen Abend erhoffen.

Stodteldorf. Zur Beachtung für die Parteigenossen! In folgenden Wirtschaften liegt der „Volksbote“ aus: Randt, Mau, Lange und Schwarz in Stodteldorf, Röhling in Barmstedt, Bud in Moxi, sowie Paetau und Karl Otte in Fackenburg. Von diesen Wirtschaften Mau und Lange in Stodteldorf, Paetau in Fackenburg und Bud in Moxi ihre Lokale auch zu Versammlungen her. Die Fackenburg Brauerei stellt nicht einmal, wie die Erfahrung gelehrt hat, ihr Lokal zu Gemeindebürgerversammlungen zur Verfügung. Die Parteigenossen, insbesondere die Lübecker, werden ersucht Vorstehendes zu beachten!

Der Zuzug von Schiffbauern, Schlossern, sowie überhaupt von Metallarbeitern nach Kiel ist streng fernzuhalten, da die Germania-Werft nachgewiesenermaßen Lohndrücker von auswärts zu importiren versucht.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. In Hamburg verstarb Sonntag ein treuer Kämpfer für unsere Ideen, der Genosse Carl Dissen im 73. Lebensjahre. — Bei der Firma Reinke in Cuxhaven sind Differenzen ausgebrochen. Zwei Hafenarbeiter darf dort in Beschäftigung treten.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Ein Soldatenschinder wurde am Sonnabend vom Marinekriegsgericht in Kiel verurtheilt. Der Maschinenmaat der Reserve Wolf hatte dem Heizer Lohschütz an Bord des Linienschiffes „Württemberg“ befohlen, zwei Garnituren übereinander zu ziehen und darüber noch einen Mantel, auf einen in Betrieb befindlichen Kessel zu steigen und diesen zu segeln. In dieser Temperatur von 55 Grad wurde der Heizer natürlich ohnmächtig. W. ließ ihn jetzt herunterbringen, und um das Stöhnen des Mannes nicht hören zu lassen, stopfte er ihm einen Bündel Twist vor den Mund. Das Gericht verurtheilte Wolf zu 1 1/2 Monaten Gefängniß. Mit Rücksicht auf die rohe Handlungsweise eine sehr milde Strafe! — Auf der Germania-Werft in Kiel sind abermals 35 Maler entlassen worden. Und zwar wurden durchweg verheiratete Leute, die schon längere Zeit auf der Werft arbeiten und den höheren Lohnklassen angehören, entlassen, während später eingestellte, niedrigeren Lohnklassen angehörnde Maler bleiben konnten. So gewinnt die Maßregel den Anschein einer beabsichtigten Lohndrückerei, ein Verdacht, der durch die bekannten Manipulationen der Werft bei der Anwerbung auswärtiger Arbeiter anderer Berufse unterst. — Das Kommando des Kreuzers „Geier“ meldet nach Kiel, daß der Obermaat Ohm im Wangpooßuß bei Schanghai in Ausübung seines Dienstes ertrunken ist. — Beim Verlassen einer Wirtschaft von einem Motorwagen überfahren und getödtet wurde Sonnabend in Kiel ein Arbeiter der Schloßbrauerei. — Auf dem Heimwege nach seiner Wohnung verunglückte bei Bordesholm ein Eisenbahnschienenarbeiter. Spät abends fand man ihn auf einem über eine Koppel führenden Fußsteig als Leiche vor. Die Kleidungsstücke des Verstorbenen waren gänzlich verlohrt. Ueber die Ursache des Unglücks ist nichts bekannt. Man nimmt an, daß Schläger etwas angetrunken war und daß seine Kleider beim Anzünden der Cigarre in Brand gerathen sind. — In Niendorf stürzte der Totengräber beim Umlegen eines Familienfarges in das Gewölbe und trug schwere Verletzungen davon. — Da die Planirungsarbeiten für den neuen Zentralbahnhof in Hamburg durch den Zufluß großer Wassermengen erheblich erschwert werden, ist es schon jetzt mit ziemlicher Sicherheit vorauszuhefen, daß in Folge dessen die Fertigstellung des Bahnhofes in der festgesetzten Zeit nicht wird erfolgen können. — In Altona wurde Montag ein Freihaftbezirk eröffnet. — Im Verlauf des Streites mit dem Deutschen Kriegerbund wegen der Aeußerungen des Generals v. Spitz über das angebliche Attentat beschloß laut „Weserztg.“ der Bremische Landeskriegsrath mit 26 gegen 5 Stimmen seinen Austritt aus dem Deutschen Kriegerbund. — Auf dem Schulwege überfahren und getödtet wurde bei Brake ein achtjähriger Knabe

Durch die glückliche Geburt eines kräftigen Knaben wurden hocherfreut
W. Reimers und Frau, geb. Harms.
Lübeck, den 2. Februar 1902.

Schwer getroffen wurden wir durch den unerbittlichen Tod unserer lieben süßen
Elisabeth
im zarten Alter von 7 Monaten.
Dies zogen tiefbetrübt an
Heinrich Saueracker und Frau.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme anlässlich der Beerdigung meines lieben unvergessenen Mannes und unseres guten Vaters, sowie für die reichen Krauzpenden und die Aufmerksamkeit seiner Freunde sagen innigsten Dank
Familie Carlsson.
Schlutbn, den 2. Februar 1902

Ent. 5 rdtg. Rachelof., hölz. Einfried., gr. hölz. Stall bill.

Die Geburt eines kräftigen Knaben zeigen hocherfreut on
Karl Möller und Frau,
geb. Krüger.

Hiermit sagen wir der hübsigen Zahlmeile des Verbandes der Brauer und Berufsgenossen, den Kollegen der Actien-Brauerei und allen Bekannten den besten Dank für die Glückwünsche zu unserer Hochzeit.

Carl Lachmann und Frau,
geb. Reiter.

Wegen Arbeitslosigkeit ein Verticow und zwei Hühner billig zu verk. Näb. in der Exped. d. Bl.

Visit-Karten
auf ff. Elfenbeinkarton
per 100 Stück von 1 Mk. an.
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Achtung!
Herren-Sohlen 1,50 Mk.
Damen-Sohlen 1,10 Mk.
Ellerbrook 14. Ellerbrook 14.

Uns billige und gute Einkaufsquelle
von Essig, Essigsprit, Heringen, Salzgurken, Sauerkohl, Anchovis, Käse u. s. w.
können wir
H. L. Wiegels
vorm. J. C. Bunge
61 Fischergrube 61 empfehlen.

Empfehle:
Prima Suppenfett
aus der Conserven-Fabrik D. H. Carstens
in 1/2-Pfd.-Packeten per Pfd. 50 Pfg.
A. F. Lenkfeld, Ede. Lg. Lohberg.

Hochfeine Margarine
empfehle per Pfd. zu 50, 60 und 70 Pfg.
bei mehr etwas billiger.
A. Weidenfeller, Pfaffenstraße 15.

Bierhalle
Hans Kiene
Fischergrube 67.
Ausshank von ff. Münchener und Tafel-Bier der Haus-Brauerei.

Nur kurze Zeit!

Massen-Ausverkauf

eines grossen Fabrikalers

email. Kochgeschirre

zu Schlenderpreisen.

Kochtöpfe, Pfannen, Casserollen, Kaffee- und Theekannen, Becher, Wärmflaschen, Petroleumkannen, Brodkapseln, Milchtöpfe, Kessel u. s. w. — Die Qualität ist die allerbeste (Netzmarmer D. R. P. 64301). Unsere Schaufenster sind neu decorirt.

Frankenthal & Co.

37 Breitestr. 37.

21 Holstenstr. 21.

Lübecker Genossenschaftsbäckerei

e. G. m. b. H.

Die in der ordentlichen Generalversammlung vom 31. Januar 1902 beschlossene Dividende kann vom Dienstag den 4. Februar d. J. ab an den Wochentagen von Morgens 9 bis 12 Uhr, Nachmittags von 3—6 Uhr, gegen Vorzeigung der Guthabenscheine im Comtoir der Genossenschaftsbäckerei, Köpferweg 65, in Empfang genommen werden.

Der Vorstand.

Achtung Maler!

Versammlung

am Donnerstag den 6. Februar präcise Abends 8 Uhr im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52. Tages-Ordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Provinzialtag. 3. Fragen und Beschlüsse.
NB. Sämtliche auf der Werk beschäftigten Kollegen müssen in dieser Versammlung anwesend sein.

Der Vorstand.

Seemanns-Verband.

Mitgliedschaft Lübeck.

Versammlung

am Mittwoch den 5. Februar 1902 Abends 8 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Th. Kruse, Unterstraße 60. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahlen. 3. Vortrag des Sach-Ber. F. Müller. 4. Beschlüsse.

Der Vorstand.

Achtung Maurer!

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch den 5. Februar Abends 8 Uhr im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52 Tages-Ordnung: 1. Bericht der Revisionskommission, 2. Beschlüsse. Beschlüsse der Mitglieder erwartet.
Der Vorstand.

Märzfeier-Comitee.

Freitag Abend 8 1/2 Uhr

Achtung Arbeitslose!

Diejenigen Arbeitslosen, welche auf die von der Lübecker Genossenschaftsbäckerei in der General-Versammlung vom 31. Januar bestimmten 2000 Brode Anspruch erheben, haben sich am Dienstag den 4. und Mittwoch den 5. Februar, Abends von 6—8 Uhr, auf folgenden Stellen zu melden:

Holstenthor.

A. Weitendorf, Mittelstraße 9a.
Wessel, Friedenstraße 61.

Burgthor.

Chr. Cleve, Lüchowstraße 25.
B. Effinger, Gypsd. d. Lüb. Volksh.

Innere Stadt.

J. Reppenhagen, Johannisstr. 46.
Behrenbeck, Gr. Siesau 1, part.

Mühlen- u. Hürterthor

D. Möller, Grossford. Allee 105a.
Ad. Ehlers, Angustienstraße 26.

Moisling.

Chr. Frank, Maurer.

Fadenburg u. Umgeb.

Sütke, Zimmermann, Stodelsdorf-Lohe.

Später sich Meldende können nicht mehr berücksichtigt werden. Die Brodausgabe findet an verschiedenen Tagen statt und wird den Betreffenden der Zeitpunkt mitgeteilt, wann sich dieselben das Brod abholen können.

Die Commission.

J. M.: J. Reppenhagen.

Hochfeine Margarine!

Special-Marke „Natur.“

An Qualität unübertroffen! Bräunt wie beste Naturbutter!

Fabrikanten: Klatt & Dittmann, Altona-Dittensen, ist erhältlich in folgenden Geschäften:

- | | |
|---|----------------------------------|
| H. L. Wiegels, Fischegrube (vorm J. C. Bunge) | L. M. Puls, Fischegrube. |
| H. Wiedow, Engelagegrube. | Heinr. Levermann, Klappenstraße. |
| Gustav Herrmann, Salmerstraße. | Carl Gühlcke, Bekhoffstraße. |
| Aug. Dibbert, Däseuhagen. | Carl Will, Sedanstraße. |
| Joh. H. Piek, Bahmstraße. | H. J. Hannemann, Karpenstraße. |
| H. Wacow, Brauhof. | Carl D. Dürkop, Strindabergweg. |
| Johs. Holst, Zehnwerkgrube. | Emil Totzloff, Brodesstraße. |
| Wilhelm Bollow, Sadowstraße. | Wilh. Schnell, Sedanstraße. |

Später Bestellungen werden nicht mehr angenommen.

Leopold Dose, Lübeck, Breitestraße 3, Fernsprecher 811.

Achtung!

Werstarbeiterverband.

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch den 5. Februar Abends 8 1/2 Uhr im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52 Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Beschlüsse der Mitglieder ist erforderlich.
Der Vorstand.

Lübecker Genossenschaftsbäckerei

e. G. m. b. H.

Anherordentliche General-Versammlung

am Mittwoch den 12. Februar Abends 8 1/2 Uhr im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52 Tages-Ordnung: Wahl zweier Aufsichtsratsmitglieder.
Der Vorstand.
Kathellscheine legitimieren.

Circus Variété.

Das lustige
Carnivals-Programm
10 humor. Debüts.
Großer Erfolg!!
Harry Hoppkens der Welt-
mimiker als Napoleon I. zu Pferde
mit seinem Stab vor dem
brennenden Moskau.

Originell:
Geschw. Norden: Parodisten.
Heute:
Orphens in der Unterwelt.
Anfang des Concerts 7 1/2 Uhr.
Morgen: Große Vorstellung.

Stadt-Theater.

Mittwoch den 5. Februar. Anfang 7 Uhr.
106. Abon.-Vorst. 128. Vorst. 18. Mittw.-Ab.
Ehrenabend für Herrn Robin Robert.
Zum 2. Male:
Prinz Friedrich.
Schauspiel in 5 Akten von Heinrich Laube.
Donnerstag den 6. Februar. Anfang 7 1/2 Uhr.
107. Abon.-Vorst. 129. Vorst. 17. Donnerst.-Ab.
Zum 1. Male in dieser Spielzeit.
Die Zauberflöte.

Die wirtschaftliche Lage.

Seit einiger Zeit ist an den Börsen ein Umschlag der Stimmung zu beobachten. Freilich darf man sich durch Mandover, die Werte künstlich in die Höhe zu treiben, wie die vor Kurzem geschilberte Sache mit den Selsenkirchener Aktien, nicht täuschen lassen, aber abgesehen davon, ist nicht zu leugnen, daß der Geschäftsverkehr lebhafter geworden ist. Das zeigt sich besonders im Anziehen der Kurse der Industrieaktien. Das Niveau der Kurse bleibt natürlich weit, sehr weit hinter dem Hochstande vom vorigen Frühjahr zurück, aber es hat sich allgemein gehoben. Nehmen wir einige Beispiele: Es notierten die Aktien pro Hundert Mark

	1. April 1900 (höchster Kurs)	27. Sept. 1901 (niedr. Kurs)	28. Januar 1902
Allgem. Elektrizitäts-gesellschaft	261,80	170,50	195,00
Concordia Hütte	375,50	244,75	275,25
Donnersmarkt-Hütte	281,75	175,75	195,00
Harpener Bergwerk	244,40	117,00	168,40
Schalker Gruben	800,00	239,00	338,00
Maschinenfabrik			
Ludwig Löwe	391,00	230,00	264,00
Preiser Maschinenfabrik	288,75	188,00	194,70
Höfner Cement	147,00	87,25	58,50
Deutsche Bank	213,75	189,25	209,40
Disconto-Gesellschaft	198,75	169,10	186,75
Dresdner Bank	166,50	118,75	138,40

Das heißt also: Es erscheinen wiederum Käufer auf dem Markte, die für ihr Geld suchen. Den Kleinbesessenen freilich hilft das wenig; hin ist hin; aber was sie umgibt, das ist Dünger für neue kapitalistische Saat, und neue Anwärter auf die zukünftige Ernte machen sich bemerkbar. Daß sie sich herauswagen, ist ein Beweis für das wiederkehrende Vertrauen.

Ein charakteristisches Merkmal ist ferner der Vorgang bei der Zeichnung der neuen preussischen und deutschen Anleihe: Das Reich pumpt 115, Preußen 185 Millionen; beide Anleihen zu 3 Proz. bei einem Ausgabekurs von 80,20 für Hundert. Daß den Regierungen Geld in Fülle angeboten werden würde, war vorauszu sehen, daß aber statt der 300 Millionen 15 Milliarden angeboten wurden, überraschte alle. Freilich ist auch hier nicht Alles Gold, was glänzt, denn würden die Zeichner veranlaßt, mit dem Gerstel heranzutreten, würde wahrscheinlich nur ein Bruchtheil dieser Lebenssumme ans Tageslicht kommen. Man wußte von vornherein, daß mehr Geld angeboten wird, als benötigt ist, und daher eine Reduktion eintreten wird; wer also für 100 000 Mk. Papierschön haben wollte, bot eine Million an, der Hoffnung, dann wirklich 100 000 anzubringen. Immerhin aber beweist die große Ueberzeichnung, daß Geld im Ueberfluß vorhanden ist, daß die braven Kapitalisten jede Gelegenheit ergreifen, um es nutzbringend anzuwenden. Die Ersparnisse, lies: der aus der Arbeiterklasse in der Zeit des Aufschwunges herausgeschundene Mehrerwerb ist eben geringfügig. Ist erst einmal das „Vertrauen“ wieder da, so werden die Millionen für neue Gründungen in noch viel größerem Maße auf dem Plage erscheinen, als bei der letzten Konjunktur.

Die Gründer sind sogar stellenweise bereits wieder frug auf der Suche nach neuen Jagdgründen. In London wird gar eifrig in südafrikanischen Goldgruben-Aktien geschäftet, in Belgien geht der Kongo-Schwindel schon wieder los, und das kaum einige Monate nach dem allgemeinen Krach! Das Gerücht über bevorstehende Friedensverhandlungen zwischen England und den südafrikanischen Republiken hat die Börse sofort mit allgemeiner Kurssteigerung beantwortet.

Optimistische Seelen sind bereit, hieraus sofort den Schlüssel zu ziehen, daß die „Krise überwunden“ ist. Nun ist aber die Weisheit, wonach die Börse ein „untrügliches Barometer“ der wirtschaftlichen Konjunktur ist, zu alt, um wahr

zu sein. Das industrielle Kapital hat sich zum Theil von der Börse emanzipiert, die Matadore des Kapitalismus, die auf dem Gebiete der Industrie maßgebend sind, lassen sich nicht mehr von der Börse beherrschen. Sie bemühen die Börse, um ihr Schäfchen zu scheeren, weil sie, im Gegensaß zu den kleinen Spekulanten, mit nahezu absoluter Sicherheit operieren, während das hysterische Treiben dieser kleinen Schläder nicht mehr im Stande ist, wie das in früheren Zeiten der Fall war, den Lauf der Großindustrie zu bestimmen. Die Hochkonjunktur bringt natürlich die Spekulanten in Rage, aber die Belebung der Spekulation ist kein Merkmal der Wendung in der Konjunktur. Will man sich also Rechenschaft über die Lage geben, muß man andere Maßstäbe als den Kurszettel herbeiziehen: die Gestaltung des Arbeitsmarktes, die Preisbewegung, die Ein- und Ausfuhr, den Beschäftigungsgrad der Industrie. Hier nun liegen die Dinge durchaus anders. Die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor eine ungeheure. Das fällt umso schwerer ins Gewicht, als wir uns ja eines überaus milden Winters erfreuen. In der Gruben- und Hüttenindustrie, die heute maßgebend ist, finden immer noch Arbeiterentlassungen statt, sowohl in Rheinland und Westfalen, als in Schlesien und Sachsen. Nur vereinzelt verlautet, daß gewisse Zweige der Textilindustrie etwas besser beschäftigt sind, was aber den Braten noch nicht fett macht. Von einer Belebung des Außenhandels ist bisher auch nicht die Rede; im Gegentheil, es wird allgemein über die vollständige Lähmung der Ausfuhr, besonders nach Rußland und Oesterreich, geklagt. In Bezug auf die Preisgestaltung hat vorläufig der rapide Preissturz auf dem Eisenmarkte aufgehört; es äußert sich hierin die Einschränkung der Produktion. Von einem Steigen des Preis-Niveaus kann jedoch noch nicht gesprochen werden.

Zieht man diese Dinge in Betracht, so kommt man wohl zu dem Schlusse, daß das Gewitter sich verzogen hat, daß die gewaltigen Zusammenbrüche vorläufig zum Stillstand gekommen sind, aber das bedeutet noch lange nicht die „Wendung zum Besseren“. Wahrscheinlich ist vielmehr, daß wir in die Periode der „schleichenden Krise“ übergehen, der allgemeinen „schlechten Zeiten“, daß abermals eine lange Reihe von mageren Jahren bevorsteht. Für Deutschland wird die Lage durch die parlamentarische Situation erschwert. Selbst die Wirthschaftspolitik im nationalmiserablen Lager verlieren die Hoffnung auf das Zustandekommen des Zollwucherplanes. Was aber soll an Stelle des Posadowsky-Tarifs treten? Erneuerung der Handelsverträge auf Grund des alten Tarifs dürfte nicht leicht zu bewerkstelligen sein, wenigstens hat alsdann die höchstwohlweisliche Regierung dem Auslande gegenüber einen viel schwereren Stand. Diese Unsicherheit der Lage muß naturgemäß ungünstig auf Handel und Gewerbe einwirken.

Soziales und Parteileben.

Streik und Lohnbewegungen. In Eisenach ist sämtlichen Tischlern, 9 Mann, der Firma Böhnhardt wegen Nichtanerkennung einer neuen Arbeitsordnung gekündigt worden. — Die Arbeiter der Papiermühlen von Varese (Italien) sind, 200 an der Zahl, in den Streik eingetreten. Sie fordern den Achtstundentag, die Erhöhung des Lohnes für die Frauen um 25 Proz. und des der Männer um 30 Proz. Die ersteren erreichen jetzt einen Tagelohn von durchschnittlich 80 Centimes (65 Pf.), die letzteren einen solchen von 1,65 Mk. im Durchschnitt.

Der Lohn? Die bei dem Streik der Tabak-Arbeiter interessierten Tabak-Fabrikanten haben der Polizeiverwaltung in Nordhausen vor einiger Zeit mehrere Hundert Mark mit der Bestimmung zugehen lassen, daß das Geld an die Polizisten als Anerkennung für während des Streikes geleistete Dienste vertheilt werde. — Ob die Herren Vertreter der öffentlichen Ordnung, die ja sonst in dieser Beziehung unnahbar sein sollen, diesen klingenden Dank an-

genommen haben, wels unser Erfurter Parteiorgan, dem wir diese Nachricht entnehmen, nicht. Jedenfalls aber haben die Herren Kapital-Verkäufer wieder einmal gezeigt, wie's gemacht wird.

Wegen Belästigung von Arbeitswilligen verhandelte kürzlich das Landgericht in Stettin gegen einen Stultateur, einen Maler und einen Zimmermann. Der Gerichtshof erkannte gegen den Stultateur auf einen Monat, gegen die beiden andern Angeklagten auf eine Woche Gefängnis.

Die Stadtverordneten in Offenbach a. M. bewilligten nach fast tumultuöser Szene zwischen den Mitgliedern der bürgerlichen und der sozialistischen Parteien zu den letzten hin bewilligten 60 000 Mk. weitere 20 000 Mk. zur Beschäftigung Arbeitsloser.

Zur Vorbereitung des diesjährigen Parteitags, der bekanntlich in München stattfindet, haben die dortigen Parteigenossen bereits eine neungliedrige Kommission bestellt.

Die Parteizwistigkeiten in Nürnberg. Die jahrelangen häßlichen Stänkereien unter den Nürnberger Parteigenossen haben jetzt zum Ausschluß von 4 Mitgliedern aus der dortigen Organisation geführt. Dieselben sind überführt worden, Nachrichten über Parteivorgänge, durch die die Partei kompromittirt wurde, an den „Frankischen Kurier“ geliefert zu haben, ein Blatt, das sich seit je durch die schäblichste Bekämpfung unserer Parteigenossen in Nürnberg hervorgethan hat. Zu den Verräthern gehört bedauerlicherweise auch der Landtags-Abgeordnete Scherm, der infolgedessen bereits sein Mandat niedergelegt hat. Neben Scherm sind noch der ehemalige Parteisekretär Hermann, sowie die bisherigen Mitglieder der Partei Eisinger und Speierer ausgeschlossen worden.

Dr. Lütgenau zu Dortmund, der bekanntlich wegen Unterschlagung zu zwei Wochen Gefängnis verurtheilt worden ist und in letzter Instanz mit seiner Revision Abweijung erfährt, sucht nach Auswegen, seinem drohenden Verhängnis — wenigstens auf kurze Zeit noch — zu entgehen. Damit das Urtheil noch nicht rechtskräftig werde, hat Lütgenau nun gegen die Genossen Häkel und Lehmann Strafanzeige wegen angeblichen Meineids erstattet. Den Meineid sollen die Genossen als Zeugen in dem Prozeß wider ihn geleistet haben. Vielleicht glückt es Lütgenau, eine Salgenfrist zu erlangen, weiter hat die Geschichte keine Bedeutung.

Die sozialdemokratische Partei Ungarns hält ihren diesjährigen Parteitag während der Osterfeierstage in Budapest ab. Außer den geschäftlichen Angelegenheiten stehen auf der Tagesordnung, der Kampf um das allgemeine Wahlrecht, das Parteiprogramm, Stellungnahme zur Wirthschaftspolitik des Landes, die Arbeitslosigkeit und schließlich das Rechtsverhältniß der landwirtschaftlichen Bevölkerung.

Der Achtstundentag in der Schweiz. Die Verwaltung der schweizerischen Bundesbahnen hat die Einführung des Achtstundentags beschlossen, aber nur für die Bureau des Generaldirektion und der Kreisdirektionen, während das Betriebs- und Werkstättenpersonal einige Stunden länger zu arbeiten hat. Eingetheilt ist die achtstündige Arbeitszeit der Bureauherren von 8 bis 12 Uhr Vormittags und von 2 bis 6 Uhr Nachmittags. Am Sonnabend wird nur 7 Stunden lang gearbeitet und ist um 6 Uhr Nachmittags Feierabend. Zimmerherr schafft der Achtstundentag für die höheren Beamten den berechtigten Anspruch der unteren Beamten und Angestellten auf entsprechende Verkürzung ihrer Arbeitszeit.

Nicht politisch thätig zu sein hat nach der „Rhein-Westf. Arb.-Ztg.“ in Dortmund ein Kandidat für den Posten des Arbeitersekretärs in Jerslohn-Ländchen dem Vorsitzenden der Kreisgewerkschaftskommission versprochen müssen. — Das wäre ein ganz verwerfliches Beginnen, wenn eine Arbeiter-Organisation irgend welcher Art ihren Angestellten derartige Bedingungen auferlegen würde. Wir verlangen

Joseph Coney.

Roman von John Law.

Aus dem Englischen von J. Cassirer.

24. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Ja, ja, sie wird eines schönen Tages heirathen,“ sagte Josef Cohn zu sich. „Sie wird einen jungen Burschen heirathen, der ihr das Leben zur Last machen wird. Junge Leute wissen gar nicht, wie man eine Frau zu behandeln muß, wenigstens nicht eine solche wie Polly ist.“

„Ich hätte nicht jede Frau geheirathet. Thatsache ist, bis Polly groß wurde, ich überhaupt nicht ans Heirathen dachte. Elwins Frau hat mir das Heirathen verdet. Das Leben, das er bei ihr hatte! Ich glaube, sie wären noch nicht eine Woche verheirathet, als sie schon seine Kränke durchsuchte und seine Taschen umkehrte. Da sagte mir, wenn das schon Elwin durchzumachen hat, der ein ganzes Haus voll Miether und eine Masse Zimmer hat, in seine Frau ihre Nase hineinstecken kann, was würde sie erst eine Frau bei mir anstellen, in bloß zwei Zimmern, sie und ich enge Gesellschaft halten müßten?“

„Einmal hab' ich auch schon daran gedacht, Fremde heimlich vorzunehmen. Ich dachte mir: Ich will heirathen, und ich werd' zu ihr sagen: „Was hier ist, das gehört dir, und was dort ist, gehört Dir; es kommt nicht viel gutes dabei heraus, Frau, wenn man die Sachen durcheinander bringt.“

„Aber, ich müßte wetten, kaum hätte ich meinen Rücken gewandt und ich wär' zum erstenmal ausgegangen, dann hätte sie meine Sachen durchstöbert und meine Taschen umgekehrt. Und wenn man erst Mutter Elwin über Religion reden hört! Bergangene Woche sagte sie zu mir, sie wolle sich in der Folge am Sonntag lieber mit dem heiligen Lukas als mit mir unterhalten. Die alte Schachtel hat mich zum Christen machen sollen! Richtig? Danke schön.“

Was soll ich mit ihren vielen Worten und geringem Thun, da bleibe ich doch lieber ein Jude.

„Ja, mit Polly ist es ein ganz ander Ding. Jetzt lache ich nicht mehr über sie, wie ich es wohl früher gethan habe, wenn sie als Baby auf meinen Knien saß und mit ihrer Puppe spielte. Ihr zuliebe würde ich auch in die Synagoge gehen, obgleich ich mir schon aus ihrem Singang nichts machte. Polly zuliebe erkläre ich mich sogar bereit, zu ihrem „Gottesdienste“ zu gehen. Aber wozu? Sie will mich doch nicht haben, und sie wird einen jungen Burschen heirathen, der ihr das Leben zur Last macht.“

Onkel Cohn erhob sich und goß seine Suppe in einen Napf. Sie war schon fast ganz eingekocht und reizte nicht mehr seinen Appetit. Er setzte sich auf den Tisch, auf dem die Perrücken, Bürsten und anderes Zeug lagen, und dort saß er und starrte auf sein Abendbrod. Und in seinem Herzen hatte er eine Empfindung, von der man sagt, daß alte Junggesellen sie nicht kennen sollen, nämlich „Herzweh“. Nichts wollte ihm mehr rechte Freude machen, und bei sich dachte er, es würde ihm gar nicht leid thun, wenn die „Todtenwache“ jetzt schon käme, und er sehnte sich nach dem Kusse des Gottes Abrahams, Isaaks und Jakobs.

Plötzlich klingelte es. Er trat in den Laden, den eine Frau betreten hatte, die sich den Kopf glatt scheeren lassen wollte, um ihr Haar zu verkaufen. Sie nahm auf dem ersten Platz, von dem Polly vor einer halben Stunde aufgestanden war. Auch denselben Mantel legte ihr Onkel Cohn um. Dann ging er an einen Schub, um sich ein Rasirmesser zu holen. Und als er sich etwas beugte, fiel aus seinem Auge eine Thräne und noch viele Tage später war unter den Rasirmeßern und Streichriemen ein Roskfeld zu sehen, ein Fleck, der schließlich an dem Rinn eines Mannes abgetrieben wurde, der mit den Worten den Laden betrat: „Bitte, rasiren.“

XVII.

Von Onkel Cohn aus ging Polly langsam nach Hause.

Sie dachte an die „Klassenzusammenkunft“, aus der sie kam und sagte zu sich: „Wie schade doch, daß Jos kein Methodist ist.“

Wochen- und monatelang hatte sie ihn nicht gesehen. Bisweilen sagte Mrs. Elwin recht geheimnißvoll: „Es ist ganz gewiß nichts Gutes aus ihm geworden, denn wenn er Arbeit gefunden, hätte er sich schon längst einmal hier wieder sehen lassen.“

Polly wußte, daß er noch in London war, denn jede Woche erhielt sie von ihm einen Brief; er gab aber keine Adresse an, und die Antworten, die sie nach der Wohnung sandte, in die er mit seinen beiden Koffern von Mrs. Elwin aus gezogen war, waren sämtlich mit dem Vermerk „Unbekannt verzogen“ zurückgekommen.

„Vielleicht ist er gar im Armenhause“, meinte Mrs. Elwin.

Vor kurzer Zeit war von den Methodisten in der Nähe der Ratcliff Landstraße eine Missionshalle für die ärmeren Klassen eröffnet worden. Leute aus dem Mittelstande wie Mrs. Elwin und ihre Tochter, reichten dort Thee, und nachdem Tassen und Teller weggeräumt waren, hielten Mr. Reef und Mr. Stray Ansprachen an die Versammlung. Ganz zuletzt hatte William Ford ein paar Worte über das Thema gesprochen:

„Kann jemand erlöst werden, der nicht Methodist ist?“ Thänen rollten Mrs. Elwins Gesicht herunter, als der Klassenleiter von dem engen Pfade sprach, den die Methodisten wandelten, und ihrer Tochter küßte sie zu:

„Ach, Polly, wenn ich daran denke, Du könntest einen solch gottesfürchtigen jungen Mann heirathen, der sein geregeltes Einkommen hat.“

An all dieses dachte das schöne Mädchen, als sie um die Ecke der Kommerzialsstraße bog. Hier blieb sie plötzlich stehen, denn sie sah sich gerade die Person entgegenkommen, der sie am allernächsten begegnen wollte, nämlich Joseph Coney, der sich auf dem Wege nach dem Hyl befand. Die

von unseren gegnerischen Unternehmern, daß sie sich nicht darum kümmern, ob und in welcher Weise sich die Angelegenheiten politisch behändigen, das gleiche muß doch wohl mindestens auch von Arbeiter-Organisationen verlangt werden.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Der „Wanderer“ in Gleiwig (Oberschlesien) meldet: Die Frau des Holzbauers Hein in Latsche bei Mieserhabel entfernte sich einige Zeit lang aus ihrer Wohnung und schloß ihre drei Kinder im Alter von 1/2, 3 und 5 Jahren in die Stube ein. Ein Kind kam an den Ofen, wobei die Kleider Feuer fingen, und warf sich auf Bett, das ebenfalls anbrannte. Die zurückkehrende Mutter fand die Stube voll Rauch, und die Kinder leblos vor. Die beiden jüngsten waren erstickt, das älteste konnte durch einen Arzt ins Leben zurückgerufen werden. — In Pöschel (Sachsen-Meinungen) verübte die 30jährige Superintendentenwitwe Thielmann Selbstmord, nachdem sie ihre Tochter vergiftet hatte. Beide litten an Verfolgungswahn. — Der wegen Amtsvergehens verhaftete Oberpostsekretär Rummel in Kassel wurde Freitag Nachmittag wieder auf freien Fuß gesetzt. — Gewaltige Schneestürme verursachten Sonnabend in ganz Süddeutschland, in der Schweiz und Süd-Oesterreich vielfache Verkehrsstörungen. In Triest wüthete die heftigste Bora, die den Verkehr vollständig lahmlegte. In Süddalmatien herrschte zu gleicher Zeit ein starker Sirocco. — Sonnabend früh wurde in Wien die 84jährige in der Augartenstraße wohnhafte Rentiere Thelma Egerhorst mit einer kassenden Kopfwunde todt aufgefunden. Es liegt Raubmord vor. Von dem Thäter hat man keine Spur. Es ist dies der zweite Raubmord, der innerhalb einer Woche in Wien verübt wurde. — Ein schweres Jagdglück ereignete sich, wie aus Paris berichtet wird, bei Arras. Graf Depas streifte bei der Wildschweinjagd ein Thier nieder, die Kugel durchschlug den Kopf des Thieres und traf die Gräfin Mesre-Depas, welche nach wenigen Minuten verschied. — Ein neuer Standal scheint sich in Merino (Sizilien) vorzubereiten. Dort ist die Marquise di Cassibilia verhaftet worden. Sie hatte ihre zwei Advokaten Patti und Catania denunziert, sie hätten ihr für die Summe von 300 000 Francs ihre Unterfützung in einem Erbschaftsprozess angeboten, in welchem es sich um ungeheure Summen handelt; auch ihr Beichtvater ist jetzt verhaftet worden. — Niedergebrannt ist in Pragujewah (Serbien) ein großes Militärdepot; der Schaden beträgt 800 000 Francs. Es sollen etwa eine halbe Million Gewehrpatronen explodirt sein. Menscheneben wurden bei dem Brande glücklicherweise nicht gefährdet. — In Nordspanien ist Sonnabend großer Schneefall eingetreten. In Madrid wurden Sonnabend 7 Grad Kälte festgestellt. — Eine japanische Truppenabtheilung von 210 Mann unter einem Major, welche am 23. v. Mts. von Asmori im Norden der Insel aus einem Marsch im Schnee unternahm, verlor den Weg und erlag der Kälte im tiefen Schnee. Nur ein Mann konnte sich retten.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Beleidigung des Kaisers und des württembergischen Königs wurde auf Grund nichtöffentlicher Verhandlung der kürzlich wegen Wilderns mit vier Monaten Gefängnis bestraft verheirathete 40jährige Tagelöhnerin Gottlieb Friedrich Sanzenbacher in Stuttgart unter Einrechnung dieser Strafe zu insgesamt 8 Monaten Gefängnis verurtheilt.

Mit einem unerhörten Standal beschäftigten sich die Berliner Stadtverordneten in ihrer Sitzung vom letzten Donnerstag. Der Schwindel des Gesundheits (Eddyismus, spirituelle Wissenschaft) ist bis in ein städtisches Gymnasium gedrungen. In der Aula des Real-Gymnasiums ließ der Direktor Schellbach „Sebetnaden“ vornehmen, die die Heilung von Kranken auf metaphysischem Wege bezwecken sollten. Vier städtische Beamte, die Stadtschulrath Herrkenberg und Fürstmann und die Stadtrathe Wagner und Schäfer hatten hierzu die Genehmigung erteilt. Zu seiner Verteidigung führte der Gymnasialdirektor an: „Laien könnten sich schwer in die Geheimnisse der christlichen Wissenschaft hineinfinden. Bei diesen von Sel. Schön geleiteten Uebungen handelte es sich um das Verbreiten eines tieferen Verständnisses für die Weltanschauung der Frau Eddy aus America.“ Der Stadtschulrath Dr. Voigt versuchte den Direktor zu rechtfertigen. Dagegen bezeichnete Stadtverordneter Dr. Langerhans die Sache als jarrührbar betrübend. Er könne nicht begreifen, daß der

Stadtschulrath noch ein Wort der Entschuldigung für Direktor Schellbach habe. Wenn so etwas vorkomme, sei es Pflicht des Stadtschulraths, sich selbst von dem Schaden zu überzeugen und dem rucklosen Unfug ein Ende zu machen. Was Herr Dr. Langerhans als rucklosen Unfug bezeichnet, ist bekanntlich in sehr vornehmen, sehr frommen und sehr adeligen Kreisen Potsdams in Mode.

Ein Zeichen der Zeit! In einem Baden in einer Vorstadt von Magdeburg wurde dieser Tage von einem armen Manne gebettelt. Als der Unglückliche das Geld eingesteckt hatte, welches ihm mittelbar von dem Kaufmann gereicht worden war, wandte er sich an den draußen stehenden Schutzmann mit den Worten: „Ich habe gebettelt, um eingesteckt zu werden.“ Schlimmer kann das Elend der heutigen Zustände wohl gar nicht gekennzeichnet werden, als dadurch, daß sich arme Leute schon nach den Eichenwassertröpfchen der Gefängnisse sehen.

O heiliger Bureaukratism! Einen Pfennig Restgehalt erhielt dieser Tage ein früherer Postbeamter in Rathenow durch den Gelbbriefträger zugesandt. Dieser Betrag soll sich bei einer nachträglichen Kontrolle der letzten Gehaltsquittung für einen nicht ganz vollen Monat als Guthaben des Empfängers ergeben haben. Der über die Sendung höchlichst verwunderte Beamte hat schon vor längerer Zeit den Dienst quittirt. Welche Schreiberei mag dieser Pfennig verursacht haben!

Einer der letzten Achtundvierziger. Dr. Karl Neubert aus Coburg, Friedrich Heders nächster Freund, ist, 84 Jahre alt, in Belleville (Nordamerika) gestorben.

In de Teertonn' Kieken empfiehlt bekanntlich Fritz Reuter in seiner „Festungsbild“ als Mittel gegen die Gelsucht. Das Mittel kann aber auch verhängnisvoll wirken, wie nachstehender Fall beweist: Eine schon bejahrte Wittwe in Myslowitz litt seit einiger Zeit an Gelsucht. Befreundete Nachbarinnen, die unter Hresgleichen in dem Rufe außerordentlicher „Klugheit“ stehen, gaben ihr den „guten Rath“, zur Vertreibung der Krankheit sich in hochdem Thier zu spiegeln. Die Frau fand, wie die „Schles. Ztg.“ berichtet, am 25. Januar Gelegenheit, die ihr als „unselbbar“ empfohlene Kur anzuwenden, wurde aber dabei in Folge der in großer Menge eingeathmeten giftigen Gase betäubungslos. Die Unglückliche wurde sofort in das städtische Lazareth geschafft, wo sie bald darauf trotz der energischen Bemühungen des Arztes verstarb.

Ein Streikführer vor dem Militärgericht. Das Militärgericht in Landau (Pfalz) beschäftigte sich dieser Tage mit einem seltenen Fall. Vor demselben hatte sich nämlich ein Soldat wegen Vergehen gegen den § 153 der Gewerbe-Ordnung zu verantworten. Es erschien als Verbrecher der Infanterist Hermann Kemmle der 3. Kompanie des 18. Infanterie-Regiments in Landau, geboren 1880, Eisengießer von Fiegelhausen bei Heidelberg, vor dem Gericht. Der Angeklagte war früher in Bielefeld in Arbeit. Gelegentlich eines im Jahre 1900 in der Spinnerei „Vorwärts“ in Brautweide ausgebrochenen Streiks hatten sämtliche Spinnerinnen die Arbeit niedergelegt. Verschiedene der streikenden Arbeiterinnen, neun an der Zahl, waren nun geneigt, die Arbeit unter den alten Bedingungen wieder aufzunehmen, weshalb am 5. Mai eine Versammlung abgehalten wurde, um die Arbeitswilligen zum Ausscharen zu ermuntern. In dieser Versammlung, in der es sich darum handelte, ob die Arbeit wieder aufgenommen werden sollte, oder nicht, soll nun Kemmle eine Rede gehalten haben, in der er sich in äußerst scharfen Redewendungen gegen jene neun Spinnerinnen, die die Arbeit wieder aufnehmen wollten, anließ. 130 in der Versammlung anwesende Spinnerinnen saßen infolge dieser Ausführungen den Beschluß, die Arbeit nicht aufzunehmen. Der Angeklagte, der sich in äußerst geschickter Weise vertheidigt, giebt die Anzeigen zum Theil zu, doch will er sich erst nach der Abstimmung, die die Fortführung des Streiks beschloß, in diesem Sinne ausgedrückt haben. Demgegenüber stehen die Aussagen der beiden Beamten, die die Versammlung überwachten. Der Vorsitzende bemerkte, daß der Streik ja erlaubt sei, nur müsse er mit erlaubten Mitteln geführt werden, was aber von dem Angeklagten nicht behauptet werden könne. Der Anklagevertreter beantragte für Kemmle 1 Monat 15 Tage Gefängnis, das Gericht verurtheilte ihn zu 3 Wochen Gefängnis.

Der staatsgefährliche Phonograph. Aus Straßburg l. E. wird geschrieben: Große Gefahr drohte dieser Tage der preussisch-deutschen Reichsherrlichkeit im Lande der wiedergewonnenen Brüder. Ein fahrender Phonographen-

künstler hatte sich in der Reichslandes-Hauptstadt eingefunden, dessen Programm u. A. auch die verpönte Marseiller Lied aufwies. Der Mann ließ das unschuldige Ding ungehindert einige Tage lang da und dort in den Wirthschaften los ohne daß irgend ein Unglück passiert wäre. Endlich wurde die Hochwohlblütige auf ihn aufmerksam und schloß den Apparat den „staatsgefährlichen“ Mund. Wohlgerichtet hat dieser nicht etwa den revolutionären Text, sondern lediglich die herrliche Melodie des Liedes, die ja nach Ansicht einiger eine alte Kirchenweise sein soll, zum Besten gegeben. Ungeachtet der Angst der Behörde! Bisher hatte man nicht dazugegen einzuwenden gehabt, wenn ein Schusterjunge auf der Straße die Marseiller Weise pfiff. Allem Anschein nach soll im Interesse einer rascheren Germanisation nunmehr auch diesem Jodel ein Ende gemacht werden.

Todessturz aus dem Luftballon. Der Ballon „Person“, in dem Sonnabend der Hauptmann vom deutschen Luftschiffer-Bataillon Bartsch von Sigfeld und Dr. Linke aus Berlin sich zu kurzem Aufstieg in Berlin erhoben hatten, wurde von starkem Winde weitergetrieben und hatte nach 5 Stunden Antwerpen erreicht. Kurz nach dem Ueberschreiten der Schelde hatte der Ballon sehr starken Gasverlust. Beide Luftschiffer suchten sich durch Abspringen auf die Wiesen am linken Scheldedeufer zu retten; dies gelang Dr. Linke, doch erlitt er mehrere leichte Quetschungen. Hauptmann v. Sigfeld blieb dagegen mit dem Fuß in Tauwerk hängen, schlug mit dem Kopfe auf den Boden und kam ums Leben. Er war vom Ballon noch etwa 50 Meter weit geschleift worden.

Volkszählung in London. 84000 männliche und 19000 weibliche Komptoiristen arbeiten in den Londoner Kontors, 16210 Frauen widmen sich der Krankenpflege, 260000 Personen sind Dienftboten.

Der Massenhaß findet in den Vereinigten Staaten seinen kräftigsten Ausdruck in den Lynchmorden, die seit einigen Jahren mehr und mehr überhand nehmen. Daß in dieser auf Gleichheit aller Bürger angeblich beruhenden großen Republik die Reger gesellschaftlich geachtet und in verschiedenen Staaten durch knifflige Auslegung der Gesetze vom Wahlrecht faktisch ausgeschlossen sind, genügt den weißen „Herrenmenschen“ keineswegs. Von Zeit zu Zeit müssen sie ihre Nerven durch einen unter möglichen brutalen Formen vollzogenen Mord an einem oder mehreren Schwarzen kühlen, und das nennen sie dann Lynchjustiz. Im Jahre 1901 gab es in den Vereinigten Staaten nicht weniger als 135 Fälle von Lynchgerichten, d. h. straflosen Mordes an kurzerhand von einer Volksmenge schuldig oder unschuldig verurtheilter Menschen, fast ausschließlich Farbiger. Von diesen 135 Lynchereien entfielen 121 auf den Süden und 14 auf den Norden, während im Jahre 1900 107 auf den Süden und 8 auf den Norden kamen. Die Nordstaaten, die in dieser traurigen Liste vorkommen, sind Indiana, Montana, Kansas und Idaho. Von den Opfern waren 107 Reger. Auch ein Indianer und ein Chinese wurden auf diesem in der Union leider nicht mehr ungewöhnlichen Wege aus der Welt geschafft. Am schlimmsten sieht es nach dieser Statistik mit der öffentlichen Ordnung im Staate Mississippi, der mit 16 Lynchereien an der Spitze steht. Auf Louisiana entfielen 15, auf Georgia 14, auf Tennessee 12, auf Texas 11.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck' Verlag) ist soeben das 18. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Einiges zur Parteigeschichte. — Beiträge zu einer Geschichte der Internationalen. Von Max Bach. — Zur Frage der Arbeitslosenversicherung. Von Hermann Molkenbuhr. II. — Die Streiks in Oesterreich im Jahre 1900. — Sozialpolitische Umschau. Von Emanuel Wurm. — Splittter. Literarisches Rundschau: Volksliteratur. — Feuilleton: Ueber Goethe. Von Theodor Lessing.

Sterschanz-Buchmarkt.

Der Schweserbuchverlag hat.
Bayerische Wälder 210 Stück, davon vom Norden — von Süden — Stid — Preis: 60 — 61 M. — Preis: 53 58 M. und Ferkel 57—59 M. pr 100 Stk.

Hände in den Taschen schlenderte er sorglos daher. Wozu sollte er sich auch wohl beeilen? Heute konnte er doch nichts mehr thun, morgen aber wollte er sehen, in den Docks Arbeit zu bekommen, und wenn ihm das nicht glücken sollte, dann wollte er wieder an den Bahnhof Charing Cross sich hinstellen. Als er des schönen Mädchens ansichtig wurde, mußte er stehen bleiben, und aus seinem blaffen Gesicht verschwand jede Spur von Farbe, dann ging er aber rasch auf sie zu und rief:

„Polly!“
„Jos!“

Beide sahen einander sprachlos an.

Er war sich keines schlechten Aussehens recht gut bewußt, denn die Zeit, zu der er mit seinen beiden Voffern in Mrs. Elwins Haus gekommen, war aus seinem Gedächtniß nicht entchwunden. Es war ihm aber so, als ob das schon vor weit wie lange her sei, und viel Unglück und bittere Enttäuschungen hatte er seitdem erlebt. Eben kam er aus dem Gefängnis. Was würde wohl Polly dazu sagen, wenn sie wüßte, daß er die vergangene Nacht auf der Polizeiwache verbracht hatte?

Auf dem Gesicht des Mädchens malte sich erst Erstaunen, dann aber Abhören. Dieser Mann hier, der in einem zerfetzten Anzuge und mit eingeschlagenem Hute vor ihr stand, dessen Stiefel große Löcher zeigten, der ein Auge mit einem schmutzigen Tischtuch verbunden hatte, wer konnte das wohl sein? Was das Joseph Coney? Sie schreute zurück, als er näher an sie herantrat und trat bis an den äußersten Rand des Straßpflasters.

„Aha, Polly,“ begann er endlich mit einer ziemlich heiseren Stimme. „Es ist so lange her, seitdem wir uns zum letzten Mal gesehen haben. Hast Du mir denn gar nichts zu sagen?“

„Du hast mir meine Briefe zurückgeschickt,“ entgegnete Polly in leisem Tone.

„Ich nicht.“
„Dann war es Jemand anders.“
„Aber ich war es nicht, Polly.“

„Du hast mich so lange nicht besucht und Mutter sagt —“

„Ja, Polly,“ unterbrach er sie, „sei still mit diesem Unfug.“

Einen Augenblick hielt sie inne und fuhr dann leise sprechend fort:

„Mutter meint, ich thäte nicht recht, Jemanden zu heirathen, der nicht auch zu den Methodisten gehört.“

„Die Methodisten soll der Teufel holen,“ rief er heftig. „Was soll denn das bedeuten, wenn Deine Mutter fortwährend von Methodisten spricht?“

„Aha, Jos,“ beachtete Polly, wenn man Dir so zuhört, sollte man fast meinen, Du seist ein Atheist.“

Er lachte, dann ging er näher an sie heran und sagte: „Sieh mal, Polly, ich weiß ganz gut, Deine Mutter kann mich nicht leiden, wir müssen daher etwas thun; wir wollen zusammen auswandern. Du hast ja versprochen, mir mich oder überhaupt nicht zu heirathen. Und Deine letzten Worte zu mir lauteten: Es wird ja doch alles gut werden, Jos!“

Das Mädchen wich zurück. Außer Stande, noch weitere Ausflüchte zu machen, hatte sie das Gefühl, dieser Unterhaltung ein Ende machen zu müssen, und sie plakte daher mit der Wahrheit heraus:

„Ich will Dich gar nicht mehr heirathen, Josef Coney; ich heirathe einen gottesfürchtigen, jungen Mann, der sein geregeltes Einkommen hat.“

Er ergriff sie bei der Hand und sah sie wohl eine halbe

Minute fest an. Dann ließ er sie los und sagte nur:

„Du kleine Schlange!“

Er wandte sich und setzte seinen Weg nach dem Asyl fort. Polly konnte bei seinem Weggehen noch hören, wie er laut auslachte und vor sich hinstimmelte: „Die kleine Schlange!“

Polly sah ihm eine Zeitlang nach; sie konnte und wollte es nicht glauben, daß dies das Ende ihrer Freundschaft sein sollte. Ihr Wunsch war jetzt erfüllt. Jos war weggegangen. Aber das Ende war so unerwartet gekommen, es hatte sich im Laufe einiger wenigen Minuten abgespielt, daß ihr ihre jetzige Lage jeden Zusammenhang mit der Vergangenheit verloren zu haben schien und auch die Zukunft nicht dazu passen wollte. Anstatt, daß sie beim Scheiden das Bewußtsein, recht gehandelt zu haben, mit sich genommen hätte, waren sie feindlich auseinander gegangen, und sie hatte sich Bortwürfe zu machen. Jos hatte sie sogar „eine kleine Schlange“ genannt.

Auf ihrem weiteren Wege suchte sie unterwegs ihr Gewissen zu beschwichtigen. Sie schalt Jos einen Atheisten. „Es hätte doch zu nichts gutem geführt, wenn ich einen Mann geheirathet hätte, der nicht auch zu den Methodisten gehört.“

Ja, sie ging sogar so weit, an die Kinder zu denken, die doch dem ewigen Verderben hätten anheim fallen müssen, wenn ihr Vater solch gotteslästerliche Anschauungen hatte (ihre Mutter hatte einmal hierüber mit ihr gesprochen); aber sie glaubte doch auch an ein allmächtiges Wesen, das aus schwarz weiß machen kann, und sie wußte recht gut, daß wenn für Atheisten die Hölle bestimmt sei, es ihre Pflicht gewesen wäre, Jos davor zu bewahren.

(Fortsetzung folgt).